Unterrichtung**17. Übersicht****über****Antworten der Landesregierung auf Beschlüsse des Landtages
der Neunten Wahlperiode****I.**

Beschluß vom 16. 2. 1979 — Drs 9/371 —*)

Landeshaushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1975 — Entlastung —;

hier: Planung von Rückhaltebecken

(Punkt XV der Anlage zur Drs 9/371)

Seit 1961 besteht der Aller-Leine-Oker-Plan. Von den ursprünglich darin vorgesehenen fünf großen und zehn kleinen Rückhaltebecken sind erst zwei kleine fertiggestellt. Das erste der fünf großen Rückhaltebecken befindet sich im Bau. Inzwischen wurden erhebliche Umplanungen erforderlich. Für die danach nunmehr als vordringlich erachteten insgesamt 20 Anlagen liegen jedoch überwiegend noch keine Entwürfe vor, so daß sich der Gesamtplan voraussichtlich erst in mehreren Jahrzehnten verwirklichen läßt.

Gleichwohl hat das Land nicht nur mit der Durchführung des Generalplans Hase begonnen. Die Wasserwirtschaftsverwaltung erarbeitet vielmehr, teilweise unter Einsatz von Mitteln der Titelgruppe 62 — Vorarbeits- und Planungskosten für Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenkultur —, noch für weitere Flußsysteme ähnliche Planungen bis hin zu baureifen Entwürfen.

Der Landesrechnungshof hält es nicht für vertretbar, vor der endgültigen Verwirklichung bereits in Angriff genommener Großvorhaben für weitere ähnliche Einzelprojekte baureife Entwürfe zu erstellen und dazu Mittel des Kapitels 09 15 Titelgruppe 62 zu verwenden. Der Landesrechnungshof begrüßt zwar grundsätzlich die Erarbeitung von sog. Schubladenentwürfen. Er hält sie jedoch nur für sinnvoll, wenn nach einer vorherigen Prioritätensetzung Aussicht auf baldige Verwirklichung besteht.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen teilt die Auffassung des Landesrechnungshofs. Er bittet die Landesregierung, im Benehmen mit dem Landesrechnungshof zu prüfen, ob und auf welche Weise der Anregung des Landesrechnungshofs gefolgt werden kann, den Landtag im Interesse einer ausgewogenen Prioritätensetzung über die vorgesehenen bedeutenden Einzelmaßnahmen — etwa alle Maßnahmen mit einem voraussichtlichen Gesamtvolumen von über zwei Millionen DM — zu unterrichten ...

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

(s. a. Drs 9/907 I 9. 9/3212 I 4)

Die Antworten der Landesregierung vom 9. Juli 1979 unter Abschnitt I lfd. Nr. 9 in der Drs 9/907 und vom 29. Januar 1982 unter Abschnitt I lfd. Nr. 4 in der Drs 9/3212 werden wie folgt ergänzt:

*) Es handelt sich um den Wortlaut einer Bemerkung aus dem Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Gemäß Landtagsbeschluß vom 16. 2. 1979 ist die Landesregierung gebeten worden, die Feststellungen und Bemerkungen im Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu beachten und dem Landtag über das Veranlaßte zu berichten.

Das in einer gemeinsamen Besprechung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit dem Landesrechnungshof entwickelte Formular für eine Unterrichtung des Landtages über die vorgesehene Förderung von Einzelmaßnahmen bei Dritten ist zwischenzeitlich auf seine Verwendbarkeit überprüft worden. Das Ergebnis muß jedoch noch abschließend mit dem Minister der Finanzen erörtert werden.

II.

Beschluß vom 6. 6. 1979 — Drs 9/704 —*)

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1976 — Entlastung —;
hier: Haushaltsverstöße und Einzelfälle fehlerhafter Sozialhilfeleistungen
(Punkt IV der Anlage zur Drs 9/704)

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen nimmt die vom Landesrechnungshof festgestellten zahlreichen und schwerwiegenden Verstöße gegen das Haushaltsrecht sowie die vielen Fälle fehlerhafter Entscheidungen über Sozialhilfeleistungen, die dem Rechnungshof anlässlich seiner Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfung beim Landessozialamt — nebenbei — aufgefallen sind, mit Bestürzung und Befremden zur Kenntnis.

Der Ausschuß geht davon aus, daß die Verwaltung die mit den Verstößen zusammenhängenden Schadenersatz- und Disziplinarfragen mit allem Nachdruck verfolgt und die erforderlichen Fristen beachtet. Über das Ergebnis ist der Landtag zu unterrichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983
(s. a. Drs 9/1365 II 1, 9/3212 II)

Die Antworten der Landesregierung vom 25. Januar 1980 unter Abschnitt II lfd. Nr. 1 in der Drs 9/1365 und vom 29. Januar 1982 unter Abschnitt II lfd. Nr. 1 in der Drs 9/3212 werden zu Buchst. c) — Durchführung der disziplinar- und regreßrechtlichen Verfahren — wie folgt ergänzt:

Zwei der drei regreßrechtlichen Verfahren gegen ehemalige leitende Beamte des Landessozialamtes wurden durch Vergleiche mit einer Vergleichssumme von insgesamt 203 939,19 DM zugunsten des Landes abgeschlossen. In dem dritten regreßrechtlichen Verfahren wird ebenfalls eine vergleichsweise Schadenregulierung angestrebt.

Das disziplinarrechtliche Untersuchungsverfahren gegen einen ehemaligen Abteilungsleiter ist abgeschlossen. Die gegen einen ehemaligen Dezernenten geführten disziplinarrechtlichen Vorermittlungen befinden sich im Stadium der Gesamtwürdigung.

In beiden Verfahren ergeht in Kürze eine Entscheidung. Über das Ergebnis wird der Landtag unterrichtet werden.

*) Es handelt sich um den Wortlaut einer Bemerkung aus dem Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Gemäß Landtagsbeschluß vom 6. 6. 1979 ist die Landesregierung gebeten worden, die Feststellungen und Bemerkungen im Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu beachten und dem Landtag über das Veranlaßte zu berichten.

III.

Beschluß vom 22. 5. 1981 — Drs 9/2534 —*)

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1978 — Entlastung —

1. Bewirtschaftung der Haushaltsmittel der Kliniken der Universität Göttingen
(Punkt IV der Anlage zur Drs 9/2534)

Bei den Beschaffungen für das neue Klinikum in Göttingen stellte der Landesrechnungshof erhebliche Unregelmäßigkeiten fest. Allein bei einer — stichprobenweise geprüften — Titelgruppe war mehr als die Hälfte aller Ausgaben von insgesamt rd. 600 000 DM zu bemängeln. In seiner Bemerkung führte der Landesrechnungshof eine Reihe von Beispielen — auch anderer Titel — auf, in denen die Klinikverwaltung Haushaltsmittel zweckwidrig oder unter Umgehung von Bewirtschaftungsbestimmungen verausgabte, Gegenstände ohne entsprechenden Bedarf beschaffte, überhöhte Unterrichtsvergütungen bezahlte oder Rechnungen beglichen hatte, ohne daß der Erhalt einer Gegenleistung nachgewiesen werden konnte. In einigen Fällen war es dadurch zu persönlichen Bereicherungen von Landesbediensteten gekommen.

Die Erörterungen im Unterausschuß „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ ergaben, daß ein Teil der festgestellten Verstöße inzwischen bereits zum Gegenstand strafrechtlicher und disziplinarrechtlicher Verfahren gemacht worden ist. Der Minister für Wissenschaft und Kunst hat nach seinen Angaben zudem Maßnahmen eingeleitet, damit sich ähnliche Vorfälle nicht wiederholen können.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen mißbilligt die haushaltsrechtlichen Verstöße und insbesondere die Umstände, die sie erleichtert und die Entfaltung krimineller Energie begünstigt haben.

Der Ausschuß bittet die Landesregierung um eingehende Prüfung und differenzier- ten Bericht, ob und inwieweit Mängel

- a) bei der Erarbeitung und Prüfung der Haushaltsvoranschläge,
- b) bei der endgültigen Veranschlagung der Haushaltsmittel,
- c) bei der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel,
- d) bei der Organisation der Verwaltung der Universität, vor allem auch bei der Festlegung und Überwachung der Geschäftsverteilung und der Arbeitsabläufe,
- e) des Beschaffungs- und Inventarisierungsverfahrens,
- f) der Aufsicht durch die Leitung der Hochschulverwaltung sowie
- g) der Aufsicht durch den Fachminister

für die festgestellten Verstöße ursächlich waren.

Der Ausschuß bittet die Landesregierung ferner,

- die erkannten Mängel unverzüglich abzustellen, soweit dies nicht bereits geschehen ist,
- gegenüber allen für die bisherigen Mängel Verantwortlichen die Haftungsfrage zu prüfen,
- die notwendigen disziplinarischen Maßnahmen einzuleiten sowie
- den Landtag über das Ergebnis zu unterrichten.

*) Es handelt sich um den Wortlaut einer Bemerkung aus dem Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen. Gemäß Landtagsbeschluß vom 22. 5. 1981 ist die Landesregierung gebeten worden, die Feststellungen und Bemerkungen im Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu beachten und dem Landtag über das Veranlaßte zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983
(s. a. Drs 9/3212 III 1)

Die Antwort der Landesregierung vom 29. Januar 1982 unter Abschnitt III lfd. Nr. 1 in der Drs 9/3212 wird wie folgt ergänzt:

Mit der beabsichtigten Neuorganisation der Leitungsstruktur der Verwaltung der Kliniken der Universität Göttingen (vgl. Buchst. A Nr. 2.1 der Antwort vom 29. 1. 1982 in der Drs 9/3212) ist mit der Besetzung der Stelle des Verwaltungsdirektors zum 1. Oktober 1982 begonnen worden. Die Besetzung der mit dem Haushaltsplan 1982 neu geschaffenen zwei Dezernentenstellen steht unmittelbar bevor, nachdem die Stellen ausgeschrieben worden sind.

Die Abwicklung der Einzelansprüche (vgl. Buchst. B Nr. 2.1 der Antwort vom 29. 1. 1982 in der Drs 9/3212) wird von der Universität Göttingen weiterverfolgt. Die Ansprüche der Universität Göttingen gegenüber dem ehemaligen Verwaltungsangestellten in Höhe von 137 820,96 DM nebst Zinsen in Höhe von ca. 48 000 DM sind weitgehend durch beschlagnahmte Vermögensgegenstände dinglich gesichert. Dem Antrag der Universität auf dinglichen Arrest der beschlagnahmten Gegenstände hat das Arbeitsgericht Göttingen mit Beschluß vom 30. Oktober 1981 entsprochen. In der Sache selbst wurden die Ansprüche der Universität vom Prozeßbevollmächtigten des ehemaligen Verwaltungsangestellten weitgehend bestritten. Die Bemühungen der Universität, im Wege eines außergerichtlichen Vergleiches eine Einigung herbeizuführen, werden fortgesetzt, insbesondere da die Gegenseite im August 1982 erstmals ein Vergleichsangebot vorlegte, dessen Annehmbarkeit zur Zeit noch vom Minister für Wissenschaft und Kunst zusammen mit dem Minister der Finanzen und dem Landesrechnungshof geprüft wird.

Die Ansprüche gegen einen Professor auf Grund zuviel gezahlter Unterrichtsvergütungen (vgl. Buchst. B Nr. 2.3 der Antwort vom 29. 1. 1982 in der Drs 9/3212) sind durch Zahlung befriedigt worden.

Zu den gegen zwei Professoren eingeleiteten Disziplinarverfahren (vgl. Buchst. C Nr. 1 der Antwort vom 29. 1. 1982 in der Drs 9/3212) ist folgendes zu bemerken:

In einem Fall haben die Vorermittlungen ergeben, daß der Beamte ein Dienstvergehen begangen hat. Wegen der zwischenzeitlich eingetretenen Verjährung kam jedoch eine disziplinarrechtliche Ahndung nicht in Betracht. Das Disziplinarverfahren war daher einzustellen. Das Verhalten des Beamten wurde außerhalb des Disziplinarverfahrens mißbilligt. Hiergegen hat der Beamte das zulässige Rechtsmittel eingelegt. Die Entscheidung der Disziplinarkammer steht noch aus.

In dem zweiten Fall wurde ein gegen den Beamten durchgeführtes Strafverfahren nach Zahlung einer Geldbuße eingestellt. Die disziplinarrechtlichen Vorermittlungen sind auf der Grundlage der staatsanwaltlichen Ermittlungsakten nunmehr abgeschlossen. Eine Disziplinarentscheidung wird in Kürze getroffen werden.

2. Aufbau und Ausbau von Hochschulen (Niedersächsische Hochschulbaugesellschaft mbH) (Punkt XXI der Anlage zur Drs 9/2534)

Über die Mißstände beim Neubau eines Isotopenlabors hatte der Landesrechnungshof drei Jahre zuvor schon einmal dem Landtag berichtet. Der im Jahre 1970 begonnene und 1974 fertiggestellte Bau konnte seinerzeit wegen schwerwiegender Mängel — insbesondere im sogenannten „heißen“ Teil — nicht in Benutzung genommen werden. Mit den erforderlichen Umbau- und Sanierungsmaßnahmen wurde erst im Mai 1980 begonnen, so daß das Isotopenlabor voraussichtlich im Mai 1981 seiner Bestimmung übergeben werden kann. Wenn auch die Kompliziertheit

der Bauaufgabe sowie die zusätzlichen Schwierigkeiten durch das zwischenzeitliche Inkrafttreten einer neuen Strahlenschutzverordnung nicht zu verkennen sind, war der Zeitaufwand für die Klärung des Umfangs der zusätzlich notwendigen Baumaßnahmen und der — auch jetzt — noch nicht abgeschlossenen „Haftungsfragen“ unangemessen hoch. Der Landtag hatte seinerzeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Mängel alsbald beseitigt werden und der dem Land entstandene Schaden geltend gemacht wird.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen nimmt mit Befremden zur Kenntnis, daß es der Hochschulbaugesellschaft nicht früher gelungen ist, die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen in Gang zu setzen, die erforderlich waren, um das für die Arbeit der Universität so wichtige Zentrale Isotopenlabor in einen nutzbaren Zustand zu versetzen. Des weiteren nimmt der Ausschuß mit Befremden zur Kenntnis, daß bisher die Höhe des eingetretenen Schadens noch nicht ermittelt werden konnte und die dafür Verantwortlichen noch nicht festgestellt worden sind. Der Ausschuß hält es für erforderlich, daß die zuständigen Ministerien auf die Hochschulbaugesellschaft dahingehend einwirken, die Schadensfeststellung und die Klärung der Haftungsfrage zu beschleunigen.

Über das Veranlaßte und dessen Ergebnis ist dem Landtag zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983
(s. a. Drs 9/3212 III 16)

Die Antwort der Landesregierung vom 29. Januar 1982 unter Abschnitt III lfd. Nr. 16 in der Drs 9/3212 wird wie folgt ergänzt:

Für das Isotopenlaborgebäude ist zwischenzeitlich die formelle Umgangsgenehmigung durch das Gewerbeaufsichtsamt erteilt worden.

Hinsichtlich der Schadenersatzansprüche ergibt sich folgender Sachstand:

Die Hochschulbaugesellschaft hat gegenüber der Neue Heimat Städtebau die Aufrechnung von 508 000 DM gegen Honorarforderungen der Neue Heimat Städtebau erklärt. Der gegenüber dem in Konkurs gegangenen Ingenieurbüro geltend gemachte Schadenersatzanspruch von 1 554 200 DM konnte gegenüber dem Versicherer des Ingenieurbüros noch nicht durchgesetzt werden. Die Hochschulbaugesellschaft erwartet, daß die Verhandlungen zwischen der Neue Heimat Städtebau und dem Versicherer in Kürze zum Abschluß gebracht werden. Über das Ergebnis wird der Landtag unterrichtet werden.

3. Neuorganisation des gewässerkundlichen Dienstes (Punkt XXIII der Anlage zur Drs 9/2534)

Dem Denkschriftsbeitrag liegt ein vom Landesrechnungshof erstelltes Gutachten zur Neuorganisation des Bereichs der quantitativen und qualitativen Wasseruntersuchung und -beurteilung zugrunde. Der Landesrechnungshof gelangt aufgrund der bei seinen Untersuchungen vorgefundenen Zersplitterung der Zuständigkeiten auf diesem Gebiet, der sonstigen gravierenden Organisationsmängel sowie der — u. a. dadurch bedingten — teilweise unzureichenden Aufgabenerfüllung zu mehreren Modellalternativen, die sämtlich die Konzentrierung von wesentlichen Aufgaben des gewässerkundlichen Dienstes bei einem zentralen Landesamt für Gewässerkunde zum Inhalt haben. Die Abweichungen der Modelle untereinander ergeben sich aus jeweils unterschiedlichen Abgrenzungen der Aufgaben eines solchen Amtes zu denen des Landesamts für Bodenforschung sowie aus verschiedenen denkbaren Möglichkeiten zur Wahrnehmung der ortsinstanzlichen Aufgaben des gewässerkundlichen Dienstes.

- Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen erwartet, daß die Landesregierung
- das Gutachten des Landesrechnungshofs unter allen relevanten Gesichtspunkten ressortübergreifend auswertet,
 - klärt, welche Schlußfolgerungen aus dem Gutachten hinsichtlich der verfassungsrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Stellung des Landes gegenüber dem Bund zu ziehen sind,
 - die vom Landesrechnungshof zur Diskussion gestellten Organisationsmodelle prüft, in Abstimmung mit dem Landesrechnungshof alsbald eine Grundsatzentscheidung darüber trifft und gegebenenfalls einen Stufenplan zur Realisierung des ihres Erachtens zweckmäßigsten Organisationsmodells entwickelt sowie
 - alle Gesetzesinitiatorischen, organisationsrechtlichen und sonstigen administrativen Vorkehrungen trifft, um eine wirtschaftliche Lösung der aufgezeigten Probleme sicherzustellen, insbesondere die Aufgaben und Zuständigkeiten eindeutig zu bestimmen und abzugrenzen sowie die Prioritäten festzulegen.

Der Ausschuß bittet ferner, dem Landtag über die Ergebnisse und die getroffenen Maßnahmen zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983
(s. a. Drs 9/3212 III 18)

Die in der Antwort der Landesregierung vom 29. Januar 1982 (Drs 9/3212 Abschnitt III lfd. Nr. 18) erwähnte Erörterung zwischen den beteiligten Ressorts konnte zwischenzeitlich abgeschlossen werden. Vom Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird zur Zeit eine Kabinettsvorlage vorbereitet. Dem Landesrechnungshof wird dazu Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

Nach der Beschlußfassung des Landesministeriums wird der Landtag abschließend unterrichtet.

IV.

Beschluß vom 25. 2. 1982 — Drs 9/3271 —

Verbesserung der Situation des Wohnungsbaus und des Wohnungsmarktes

Die Landesregierung wird gebeten,

1. den Zielgruppenwohnungsbau für kinderreiche Familien, alte Menschen und Behinderte, für die nach Art ihrer Behinderung besondere bauliche Maßnahmen notwendig sind, und auch für junge Familien konsequent fortzusetzen und auszuweiten,
2. alle Möglichkeiten auszuschöpfen, geeignete Landesgrundstücke zu Bauzwecken bereitzuhalten, und die Kommunen aufzufordern, verstärkt Bauland bereitzustellen sowie bei der Vergabe von Baugrundstücken vorrangig familienpolitische Aspekte zu berücksichtigen,
3. sich weiterhin dafür einzusetzen, daß Bauherren im Sinne des Steuerrechts (Bauherrenmodell) in größerem Ausmaß als bisher Mietwohnungen insbesondere mit Hilfe von Aufwendungsdarlehen errichten und daß die dabei über die wohnungswirtschaftlichen Berechnungen hinausgehenden Kosten nicht zu Lasten der Mieter gehen,
4. mit dem geringsten Verwaltungsaufwand dafür zu sorgen, daß Bewohner von Sozialwohnungen, deren Einkommen über die bestehenden Einkommensgrenzen hinausgeht, keine Vergünstigungen zu Lasten der Allgemeinheit erhalten,

5. durch Vorschläge zur Änderung der entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften Lösungsmöglichkeiten zu eröffnen, die den Gegebenheiten des Altbaubestandes Rechnung tragen und damit eine kostengünstige Modernisierung und Sanierung erlauben, wobei insbesondere die Anforderungen beim Dachausbau, bei Pkw-Abstellflächen und bei Souterrainwohnungen erleichtert werden sollen,
6. sich dafür einzusetzen, daß die Vorschriften über die Anforderungen an den technischen Standard (DIN) und an die Ausstattung einer Wohnung auf das notwendige Maß beschränkt werden,
7. sich dafür einzusetzen, daß die Mischfinanzierung (Bund/Land) für beide Förderungswege des Wohnungsbaus, unter Einbeziehung eines finanziellen Ausgleichs zugunsten der Länder, aufgehoben wird und daß damit die Zuständigkeit für die Wohnungsbaufinanzierung bei den Ländern liegt,
8. im Bundesrat an der Gesetzesinitiative für die Änderung des II. Wohnraumkündigungsschutzgesetzes festzuhalten, um Investitionsentscheidungen insbesondere für den Neubau von Mietwohnungen zu erleichtern, wobei das Vergleichsmietenverfahren vereinfacht und die Einführung des Staffelmietensystems ermöglicht werden soll sowie ein angemessener Mieterschutz dabei erhalten bleiben muß.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Zu 1.

Mit dem Wohnungsbauprogramm 1982 (RdErl. vom 24. Februar 1982, Nds. MBl. S. 263) fördert die Landesregierung insbesondere den Wohnungsbau für kinderreiche Familien, alte Menschen und Behinderte, für die nach Art ihrer Behinderung besondere bauliche Maßnahmen notwendig sind, sowie für junge Familien.

Im Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1983 (Drs 10/135) wird mit dem Sozialprogramm die Zielgruppenförderung konsequent fortgeführt. Im Sozialprogramm werden die Förderungsmittel vorrangig zum Bau oder zum Erwerb von Familienheimen für besonders kinderreiche Familien und für Schwerbehinderte sowie zum Bau von Altenwohnungen eingesetzt. Für Großfamilien, bei denen die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Bau eines Familienheimes fehlen und für die keine ausreichend großen Mietwohnungen zur Verfügung stehen, sollen Mieteinfamilienhäuser gebaut werden. Mit dem Eigentumsprogramm will sich die Landesregierung in verstärktem Maße jungen Familien zuwenden.

Zu 2.

Grundstücke des allgemeinen Grundvermögens des Landes werden im möglichen Umfang an interessierte Bewerber veräußert, wenn sie nicht auf absehbare Zeit für landeseigene oder für andere öffentliche Aufgaben benötigt werden. Dies geschieht seit 1978 in verstärktem Maße. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um bebaute oder mit einem Erbbaurecht belastete Grundstücke, da geeignete Grundstücke im allgemeinen Grundvermögen in größerem Umfang nicht zur Verfügung stehen. In seltenen Fällen liegen diese Grundstücke dort, wo ein besonderer Bedarf besteht.

Im Rahmen der laufenden Privatisierungsaktion hat die Landesregierung die Verwaltung beauftragt, über den bisherigen Umfang hinaus unbebaute Grundstücke als Bauland bzw. Tauschland zur Verfügung zu stellen.

Zwar hat die Landesregierung aufgrund der § 1 Abs. 6, § 9 Abs. 1 Nrn. 7 und 8 sowie § 39 b BBauG keine Möglichkeiten, die Gemeinden zu veranlassen, künftig in stärkerem Maße als bisher mehr Bauland bereitzustellen, aber § 89 II. WoBauG verpflichtet die Gemeinden, bevorzugt geeignetes Bauland für den sozialen Wohnungsbau, namentlich für eine Bebauung mit Familienheimen, zu überlassen. Zur Durchführung des II. WoBauG hat die Landesregierung Wohnungsbauförderungsbestimmungen erlassen (RdErl. vom 19. März 1963 — Nds. MBl. S. 247 — zuletzt geändert durch RdErl.

vom 12. Juli 1979 — Nds. MBl. S. 1452 —). Hierin wird unter anderem bestimmt, daß die Gemeinden im Rahmen einer geordneten Entwicklung des Gemeindegebietes in rechtsverbindlichen Bauleitplänen für eine Bebauung mit Familienheimen geeignete Flächen in einem so ausreichenden Umfang auszuweisen haben, daß der Bau von Familienheimen mit Vorrang gefördert werden kann.

Zu 3.

Im Eigentumsprogramm 1982 (Ziffer II des RdErl. vom 24. Februar 1982 Nds. MBl. S. 263) hat die Landesregierung die Möglichkeit geschaffen, daß Bauherren im Sinne des Steuerrechts Mietwohnungen mit Hilfe von Aufwendungsdarlehen errichten können. Es werden bereits eine Anzahl von Mietwohnungen, die als Bauherrenmodelle konzipiert sind, mit Aufwendungsdarlehen gefördert. Es ist sichergestellt, daß die Gesamtkosten nur in Höhe der Zweiten Berechnungsverordnung und nicht entsprechend den steuerrechtlichen Möglichkeiten anerkannt werden. Damit ist ausgeschlossen, daß aus steuerrechtlichen Gründen zusätzlich geltend gemachte Kosten die Mieten belasten.

Zu 4.

Durch Artikel 27 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (Bundesgesetzbl. I S. 1523) wurden die Landesregierungen ermächtigt, die Zinsen für öffentliche Baudarlehen zu erhöhen, und zwar bis zu einem Prozentsatz von höchstens 8 v. H. bei der Bewilligung des öffentlichen Baudarlehen vor dem 1. Januar 1960 und von höchstens 6 v. H. bei der Bewilligung des öffentlichen Baudarlehen nach dem 31. Dezember 1959 und vor dem 1. Januar 1970. Mit der Verordnung zur Einschränkung von Zinsvergünstigungen bei mit öffentlichen Mitteln und mit Wohnungsfürsorgemitteln geförderten Wohnungen vom 2. April 1982 (Nieders. GVBl. S. 97) hat die Landesregierung von diesem Recht Gebrauch gemacht. Der Verwaltungsaufwand für eine generelle Fehlbelegungsabgabe ist verglichen mit dem gewählten Weg der Zinsanpassung nicht vertretbar.

Zu 5.

Für den Bereich des öffentlich geförderten Wohnungsbaues sind mit RdErl. vom 18. Februar 1982 (Nds. MBl. S. 219) die in den „Technischen Bestimmungen für den sozialen Wohnungsbau im Land Niedersachsen“ (Nds. MBl. 1979 S. 22) festgelegten Einschränkungen für den Dachgeschoßausbau zu Wohnzwecken bis auf folgende Bestimmung, die dem wirtschaftlichen Einsatz der öffentlichen Haushaltsmittel dient, aufgehoben worden:

„Wird in einem Gebäude durch den Ausbau des Dachgeschosses zu Wohnzwecken der Einbau eines Aufzuges erforderlich, ist für alle Wohnungen dieses Gebäudes eine Förderung ausgeschlossen.“

Dies bedeutet, daß im öffentlich geförderten Wohnungsbau der Dachgeschoßausbau zu Wohnzwecken über dem vierten Vollgeschoß zulässig ist, wenn ein Personenaufzug bereits vorhanden ist (nachträglicher Dachgeschoßausbau) oder aus anderen Gründen, z. B. Wohnungen für Rollstuhlbenutzer, erforderlich wird (Neubau).

Weitere Erleichterungen zur kostengünstigen Modernisierung und Sanierung von Altbauten werden im Rahmen der vorgesehenen Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung vorgeschlagen werden. Die Landesregierung begrüßt es, daß nach dem von der Fraktion der CDU am 27. Oktober 1982 in den Landtag eingebrachten Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung (Drs 10/245) die Aufzugspflicht bei mehrgeschossigen Gebäuden bereits vorab gelockert werden soll.

Zu 6.

Soweit Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, wird der Standard durch den RdErl., betr. „Technische Bestimmungen für den sozialen Wohnungsbau im Lande Niedersachsen“, vom 1. November 1978 (Nds. MBl. 1979 S. 22) festgelegt. Das

Institut für Bauforschung in Hannover wurde am 14. Mai 1982 beauftragt, eine Untersuchung darüber anzufertigen, ob die vorgenannten Bestimmungen zum Zwecke der Baukosteneinsparung an den Standard der Wohnungen ohne wesentliche Minderung des Wohnwertes geringere Anforderungen stellen können bzw. sollten. Mit der Vorlage des Untersuchungsberichtes ist noch in diesem Jahre zu rechnen. Danach werden die Technischen Bestimmungen bei Bedarf überarbeitet.

Zu 7.

Die Landesregierung unterstützt weiter Vorhaben, die darauf abzielen, die Mischfinanzierung durch die alleinige Zuständigkeit des Landes für den Wohnungsbau zu ersetzen. Die unterschiedlichen Interessen des Bundes und der Länder sind nur schwer zu koordinieren. Insbesondere gestaltet sich der Finanzausgleich sehr schwierig. Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 13. Oktober 1982 läßt sich eine neue Aufgeschlossenheit des Bundes gegenüber dieser Problematik entnehmen.

Zu 8.

Durch das Gesetz zur Erhöhung des Angebots an Mietwohnungen vom 20. Dezember 1982 (Bundesgesetzbl. I S. 1912), welches auch auf eine Initiative des Landes Niedersachsen zurückzuführen ist, wurde Artikel 2 des II. Wohnraumkündigungsschutzgesetzes vom 18. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. I S. 3603) aufgehoben. Auch die übrigen im Gesetz vom 20. Dezember 1982 enthaltenen Verbesserungen entsprechen dem Petition des Landtages, so daß dieses Gesetz — bei Aufrechterhaltung eines angemessenen Mieterschutzes — erheblich verbesserte Voraussetzungen für Investitionsentscheidungen im Bereich des Mietwohnungsbaues schafft.

V.

Beschluß vom 13. 5. 1982 — Drs 9/3273 —

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1979 — Entlastung —

1. Kauf eines Colorfotolabors
(Punkt IV der Anlage zur Drs 9/3273)

Im Jahre 1973 beschaffte eine Polizeidirektion ein komplettes Colorfotolabor für rd. 16 600 DM und hielt es sodann bis zur Prüfung des Landesrechnungshofs sechs Jahre lang unbenutzt auf Lager. Die Polizeidirektion rechtfertigte die ungenutzte Lagerung damit, daß zunächst geeignete Räume für die Aufstellung des Geräts gefehlt hätten, später die Einrichtung eines zentralen Colorfotolabors beim Landeskriminalpolizeiamt geplant worden sei. Im übrigen sei ein Schaden für das Land nicht eingetreten, weil die Kosten einer Inbetriebnahme höher gewesen seien als die durch die Vergabe der Fotoarbeiten tatsächlich entstandenen Aufwendungen.

Der Landesrechnungshof hat die Nichtbeachtung der Grundsätze der §§ 7 und 34 LHO beanstandet und darauf hingewiesen, daß bei Beachtung des Kostenvergleichs das Labor gar nicht hätte beschafft werden dürfen.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen mißbilligt den Verstoß gegen die Grundsätze einer sparsamen und wirtschaftlichen Verwaltung. Er erwartet, daß die Haftungsfrage geprüft wird.

Über das Ergebnis ist dem Landtag zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Polizeidirektion hat die Haftungsfrage geprüft und folgendes festgestellt:

„Die Anschaffung eines Colorfotolabors für die Polizeidirektion wurde im Jahre 1971 aus kriminaltaktischen und wirtschaftlichen Gründen als notwendig angesehen.

Im Vordergrund stand die auch rechtlich begründete Forderung, polizeiliches Bildmaterial vor dem Zugriff Dritter zu sichern. Damit sollte der Verletzung der Intimsphäre Betroffener vorgebeugt sowie verhindert werden, daß Interessierte in unzulässiger Weise die rechtsstaatliche Abwicklung des Ermittlungsverfahrens beeinträchtigen konnten. Diese Vorgabe war nur in einem polizeieigenen Fotolabor zu erfüllen. Die wirtschaftliche Auslastung stand fest, weil die Polizeidirektion seinerzeit vom gesamten ehemaligen Verwaltungsbezirk für die Schwarzweiß-Arbeiten in Anspruch genommen wurde und diese Inanspruchnahme auch hinsichtlich des Colorfotolabors zu erwarten war.

Das Colorfotolabor sollte im Dienstgebäude M.-Straße untergebracht werden. Als das Labor dann im Dezember 1973 von der Polizeibesorgungsstelle geliefert wurde, stand nach Abschluß der Verhandlungen mit der Bundesvermögensverwaltung im Mai 1973 fest, daß ein Gebäudekomplex in der H.-Straße für Dienststellen der Abteilung K umgebaut werden sollte. Die Abteilung K sollte nach Fertigstellung die Räume in der M.-Straße für die Schutzpolizei und Polizeiverwaltung freimachen. Es war daher wirtschaftlich nicht zu vertreten, das Colorfotolabor in der M.-Straße einzubauen und nach Aufgabe der Räume die Anlage in die H.-Straße zu verlegen. Allein dieser bauliche Aufwand hätte den Landeshaushalt mit ca. 27 000 DM belastet.

Noch vor Beendigung der Umbaumaßnahmen in der H.-Straße wurde auf Grund von Untersuchungen, die 1975 in Nordrhein-Westfalen durchgeführt worden sind, im November 1976 vom Minister des Innern die Entwicklung von Farbbildern für alle Kriminaldienststellen des Landes im Labor des Landeskriminalamtes angeordnet. Der Einbau des Colorfotolabors in der H.-Straße war somit hinfällig geworden. Die Geräte wurden original verpackt an das Landeskriminalamt zur Verwendung abgegeben. Ein Wertverlust war durch die Lagerung nicht eingetreten.

Dem eingetretenen Schaden durch zwischenzeitlich unabdingbar notwendige Fremdentwicklung von Farbbildern in Höhe von ca. 7 900 DM und dem Zinsverlust von ca. 10 000 DM stehen die beim Ein- und Ausbau des Colorfotolabors in der M.-Straße in Höhe von ca. 27 000 DM unterbliebenen Ausgaben, inzwischen eingetretene Preissteigerungen für Colorfotolabors sowie die ersparten Ausbildungskosten für einen Fotolaboranten gegenüber.

Dem Land ist somit ein Schaden nicht entstanden, dem für die Beschaffung des Colorfotolabors verantwortlichen Beamten ist im übrigen ein Verschulden nicht nachzuweisen.“

Die Auffassung der Polizeidirektion wird vom Minister des Innern geteilt.

2. Nutzung einer Datenstation im Ministerium für Wissenschaft und Kunst (Punkt V der Anlage zur Drs 9/3273)

Der Minister für Wissenschaft und Kunst beschaffte im Jahre 1979 statt eines im Haushaltsplan veranschlagten programmierbaren Tischrechners eine vollständige Datenstation mit Bildschirm, Druckeinheit und eigenem Anschluß an das Großrechnersystem des Regionalen Rechenzentrums Niedersachsen. Nach den Feststellungen des Landesrechnungshofs wurde die Datenstation aber zumindest bis zum

Frühjahr 1981 mit einer Ausnahme nur für Testläufe genutzt, zumal der Minister erst Ende 1980 den in seinem Hause benötigten Rechenbedarf ermitteln ließ.

Der Landesrechnungshof hat den Beschaffungsvorgang gerügt. Ihm erscheint es auch zweifelhaft, ob die für die dabei in Betracht gezogenen Automationsvorhaben notwendigen Entwicklungen von ADV-Programmen überhaupt als Aufgabe eines Ministeriums angesehen werden können.

Während der Beratungen des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ hat der Minister mitgeteilt, er habe einen Gutachter mit der Überprüfung der automationswürdigen Aufgaben seines Hauses beauftragt.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen teilt die Auffassung des Landesrechnungshofs, daß der Minister für Wissenschaft und Kunst dadurch gegen haushaltsrechtliche Bestimmungen verstoßen hat, daß er einen Bildschirmcomputer beschafft hat, bevor dessen Notwendigkeit hinreichend geklärt war und lange bevor er sich auch nur annähernd angemessen auslasten ließ.

Die Landesregierung wird gebeten, nach der Feststellung, welche Aufgaben des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst automatisierbar und automationswürdig sind, zu klären, ob und inwieweit die Rechenarbeiten für die automationswürdigen Aufgaben von nachgeordneten Einrichtungen erledigt werden können, und zu entscheiden, ob der Bildschirmcomputer einer anderen Verwendung außerhalb des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zuzuführen ist, sowie die Haftungsfrage zu prüfen und dem Landtag über die Ergebnisse zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die HIS-GmbH hat inzwischen ein Gutachten zur EDV-Unterstützung im Ministerium für Wissenschaft und Kunst unter besonderer Berücksichtigung des Einsatzes des Bildschirm-Computers erstattet. Es wird zur Zeit ausgewertet. Der Minister für Wissenschaft und Kunst geht davon aus, daß eine abschließende Stellungnahme über die Nutzung der Datenstation voraussichtlich im März 1983 abgegeben werden kann.

3. Stromliefervertrag für das 20 kV-Mittelspannungsnetz der Universität Göttingen (Punkt VI der Anlage zur Drs 9/3273)

Der Universität Göttingen war wegen ihres gegenüber früheren Berechnungen gestiegenen Stromverbrauchs von ihrem Vertragspartner, einem Stromversorgungsunternehmen, seit 1973 mehrfach der Abschluß eines neuen Stromliefervertrages mit günstigeren Preisen angeboten worden. Der Abschluß verzögerte sich jedoch wegen verschiedener Bedenken der beteiligten Landesbehörden von Jahr zu Jahr. Als endlich alle wesentlichen Einwände ausgeräumt waren und eine Umstellung der Tarife ab 1. 1. 1978 möglich gewesen wäre, zogen sich die Überlegungen der Universität und der von ihr wegen weiterer kartellrechtlicher Zweifel eingeschalteten obersten Landesbehörden so lange hin, daß das Versorgungsunternehmen sein Vertragsangebot schließlich zurückzog. Bei Abschluß des Vertrages auf der Grundlage dieses Angebots hätte die Universität allein bis Ende 1980 rd. 2,6 Mio. DM an Stromkosten weniger zu zahlen gehabt.

Nach Auffassung des Landesrechnungshofs bestand kein sachlicher Grund, nicht sofort dieses Vertragsangebot anzunehmen und die Klärung etwaiger kartellrechtlicher Bedenken dem Offizialverfahren vor der Landeskartellbehörde zu überlassen.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen bedauert die erheblichen Verzögerungen beim Abschluß eines neuen, kostengünstigeren Stromliefervertrages. Er erwartet,

daß die beteiligten Stellen unverzüglich klären, in welcher Höhe dem Land ein Schaden entstanden und wer hierfür haftbar zu machen ist, und alsbald geeignete Schritte zum Ersatz eines solchen Schadens einleiten.

Dem Landtag ist darüber zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Der Minister für Wissenschaft und Kunst hat unter Beteiligung des Ministers für Wirtschaft und Verkehr die in der Angelegenheit erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Nach Abschluß der in größerem Umfang notwendigen Ermittlungen wird der Landtag über das Veranlaßte unterrichtet werden.

4. Vorzeitige Beschaffung einer Röntgenanlage und Nichtanmeldung als Großgerät i. S. des Hochschulbauförderungsgesetzes
(Punkt VII der Anlage zur Drs 9/3273)

Die Universität Göttingen zerlegte die Veranschlagung und den Kauf einer Röntgenanlage in mehrere kleinere Beschaffungsvorgänge, die sie über drei Jahre hinweg vornahm. Bei einer zutreffenden Veranschlagung der Anlage hätte sie als Großgerät i. S. des Hochschulbauförderungsgesetzes zum Rahmenplan angemeldet werden müssen und ggf. vom Bund gefördert werden können. Das von der Universität angewandte Beschaffungsverfahren führte ferner dazu, daß die zunächst erworbenen Teilgeräte bis zu ihrer Komplettierung nicht genutzt werden konnten und deshalb für zwei bis drei Jahre eingelagert werden mußten.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen bittet die Landesregierung sicherzustellen, daß Geräteteile, die für einen vorgesehenen Betriebszustand eine Funktionseinheit bilden, nicht einzeln und über mehrere Haushaltsjahre verteilt, sondern im Interesse einer Ausnutzung der Vorteile einer Beschaffung von Großgeräten zusammen veranschlagt und beschafft werden.

Über das Veranlaßte ist dem Landtag zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Auf Grund der Feststellungen des Landesrechnungshofes hat der Minister für Wissenschaft und Kunst für die bereits beschaffte Röntgendiagnostik-Anlage von der Universität Unterlagen nach dem Hochschulbauförderungsgesetz angefordert und bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Begutachtung beantragt, ob es sich im vorliegenden Fall um ein Großgerät im Sinne des Hochschulbauförderungsgesetzes handelt. Sobald die Stellungnahme der Deutschen Forschungsgemeinschaft bzw. des Wissenschaftsrates vorliegt, wird der Landtag unterrichtet werden.

5. Nicht genehmigte Einführung eines ADV-Verfahrens im Haushalts- und Rechnungswesen
(Punkt VIII der Anlage zur Drs 9/3273)

Im Jahre 1976 begann die Universität Oldenburg, ihre Haushaltsüberwachung und die Fertigung der Kassenanordnungen vom manuellen Verfahren auf maschinelle Bearbeitung umzustellen. Dazu benutzte sie zunächst einen angemieteten Bürocomputer, später eigene Geräte, die sie aus den für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung gestellten Mitteln bezahlte. Wirtschaftlichkeitsberechnungen stellte die Universität bei keinem ihrer Schritte an. Erst nach der Prüfung durch den Landesrechnungshof versuchte sie, ihre Umstellungsmaßnahmen durch völlig unzureichende Berechnungen zur Wirtschaftlichkeit zu rechtfertigen.

Die Universität beachtete bei diesem Verfahren auch weder die bestehenden Entscheidungsvorbehalte des Ministers der Finanzen und des Landesrechnungshofs noch die des Ministers für Wissenschaft und Kunst, der den ihm zugegangenen Hinweisen auf das Vorhaben der Universität allerdings auch nicht energisch genug nachging. Dem Land entstanden durch die unsachgemäß vorbereitete Umstellung auf das automatisierte Verfahren vermeidbare Mehrkosten.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen mißbilligt das Vorgehen der Universität sowie ihre Rechtfertigungsversuche und bittet die Landesregierung, die Haftungsfrage zu prüfen, die erforderlichen disziplinarrechtlichen Maßnahmen zu ergreifen und dem Landtag über das Ergebnis zu berichten.

Im übrigen erwartet der Ausschuß, daß der Minister für Wissenschaft und Kunst die Universitäten bei der Wahrnehmung ihrer Wirtschafts- und Planungsaufgaben intensiver berät und beaufsichtigt. Er erwartet ferner, daß die Universitäten die jeweils geltenden Regelungen beachten, bei auftretenden Schwierigkeiten — insbesondere vor einer kostenwirksamen Änderung von Verfahrensabläufen — dem Minister für Wissenschaft und Kunst unverzüglich und vollständig berichten und dessen Entscheidung abwarten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Universität Oldenburg hat die nachträgliche Genehmigung des eingesetzten Haushaltsbuchungssystems beantragt und hierfür die vorgeschriebenen Untersuchungen nach den Verfahrensgrundsätzen für die Automatisierung von Aufgaben der Landesverwaltung vom 2. August 1972 (Nds. MBl. S. 1114), den vom Landesrechnungshof erarbeiteten Mindestanforderungen, Grundsätzen und Empfehlungen für die Durchführung von Projekten der automatisierten Datenverarbeitung vom 4. November 1976 und den Bestimmungen über die Verwendung automatischer Datenverarbeitungsanlagen im Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen (HKR-ADV-Best.) vom 1. Juli 1980 (Nds. MBl. S. 965) durchgeführt. Der Hauptuntersuchungsbericht ist dem Minister für Wissenschaft und Kunst Mitte April 1982 vorgelegt worden. Eine Dienstanweisung für die Anwendung des automatisierten Verfahrens ist im Entwurf erstellt. Der vorgeschriebene Abschlußtest ist am 22. Juli 1982 durchgeführt worden. Es wurde festgestellt, daß das eingeführte automatisierte Verfahren alle Anforderungen erfüllt. Der Minister der Finanzen ist um Einwilligung zur Verfahrensfreigabe nach § 79 Abs. 3 Nr. 2 LHO und Nr. 2.1 der HKR-ADV-Best. gebeten worden. Die Entscheidung hierüber ist zurückgestellt worden, bis die vom Landesrechnungshof gegen die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens erneut erhobenen Bedenken ausgeräumt sind.

Der Landesrechnungshof ist bisher bei seiner Feststellung geblieben, daß die Umstellung vom manuellen Verfahren auf das automatisierte Verfahren höhere Kosten für das Land verursacht habe, denen kein vergleichbarer Nutzen gegenüberstehe. Die Gespräche sind noch nicht abgeschlossen.

Von weiteren Maßnahmen — Prüfung der Haftungsfrage, Einleitung disziplinarrechtlicher Maßnahmen — ist bisher Abstand genommen worden, weil der Sachverhalt noch nicht abschließend geklärt ist.

Der Landtag wird über den Fortgang der Angelegenheit zu gegebener Zeit unterrichtet werden.

6. **Nichteinziehung von Sachkosten durch die Klinikverwaltung einer Hochschule für die Behandlung von Kassenpatienten**
(Punkt X der Anlage zur Drs 9/3273)

Eine Hochschule hatte von einzelnen Klinikdirektoren, die für ihre Person zur Behandlung von Kassenpatienten ermächtigt waren, nicht oder nicht im erforderlichen Umfang Sachkosten aus dieser Nebentätigkeit eingezogen. Die hierzu getroffenen wiederholten Beanstandungen des Landesrechnungshofs sind — wie der Minister für Wissenschaft und Kunst bei den Erörterungen des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ vorgetragen hat — inzwischen durch entsprechende Weisungen weitgehend erledigt.

Nur in einem Fall, in dem ein Klinikdirektor seine Einnahmen aus der ambulanten Behandlung von Kassenpatienten in vollem Umfang an die Hochschule abgetreten hatte, ist ungeklärt geblieben, ob diese Einnahmen wie bisher in vollem Umfang als Drittmittel der betreffenden Klinik behandelt werden dürfen oder ob nicht der gesamte Betrag oder zumindest ein Teil der Einnahmen in Höhe der angefallenen Sachkosten und des bei einer Nebentätigkeit zu entrichtenden Nutzungsentgelts als allgemeine Deckungsmittel im Landeshaushalt zu vereinnahmen sind. Dabei ist zwischen allen Beteiligten unstrittig, daß diese ärztlichen Leistungen nur deshalb im Wege der Nebentätigkeit erbracht werden, weil die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen bisher noch nicht bereit war, Ermächtigungsverträge direkt mit der Hochschule (sog. Institutsverträge) abzuschließen.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen erwartet, daß die Frage geklärt wird, wie Einnahmen aus der Behandlung von Kassenpatienten auf der Grundlage von Institutsverträgen bei deren etwaigem Abschluß zu verbuchen wären (als Mittel Dritter oder als regulärer Einnahmen) und wie bis zum Abschluß von Institutsverträgen die für die Behandlungen abzuführenden Sachkosten zu vereinnahmen sind. Über das Ergebnis ist dem Landtag zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Hinsichtlich des Abschlusses von sogenannten Institutsverträgen wird auf die Antwort der Landesregierung unter der lfd. Nr. 19 (zu Punkt XXVI der Anlage zur Drs 9/3273) verwiesen.

In dem Fall eines Klinikleiters, der sämtliche Erträge aus dem Ermächtigungsvertrag an die Hochschule abführt, sind die nach dem Vertrag zu erbringenden Leistungen als Dienstaufgaben anerkannt bzw. übertragen worden. Die Abrechnung erfolgt weiterhin im Rahmen dieses privat abgeschlossenen Ermächtigungsvertrages. Von der Vergütung werden 2,5 v. H. als Gemeinkostenanteil und 17,5 v. H. als Kostenbeitrag für die Inanspruchnahme des Stammpersonals in den allgemeinen Haushalt abgeführt, so daß 80 v. H. als Drittmittel der Klinik zur Verfügung stehen.

Bei allen anderen Ermächtigungsverträgen werden die ambulanten Leistungen als private Nebentätigkeit erbracht. Die Berechtigten haben das übliche Nutzungsentgelt abzuführen; mit der Kassenärztlichen Vereinigung sind Vereinbarungen über die Berechnung und Abführung der Sachkosten getroffen.

7. **Zweckwidrige Verwendung von Zuwendungen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für einen Omnibusbetriebshof**
(Punkt XII der Anlage zur Drs 9/3273)

Eine Verkehrsgesellschaft hatte in einem Zuwendungsverfahren — u. a. durch unzutreffende Angaben — erreicht, daß die Kosten von rd. 530 000 DM für nicht zuwendungsfähige Teile einer geförderten Baumaßnahme in die zuwendungsfähigen Kosten einbezogen wurden.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen mißbilligt den Verstoß gegen § 44 LHO. Die Zuwendung für die nicht zuwendungsfähigen Teile ist unverzüglich zurückzufordern. Über das Veranlaßte und dessen Ergebnis ist dem Landtag zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Bezirksregierung hat dem Verkehrsbetrieb am 17. Juli 1982 mitgeteilt, daß einige von ihm geltend gemachte Aufwendungen nicht als zuwendungsfähig anerkannt werden können. Gleichzeitig hat die Bezirksregierung bereits ausgezahlte Finanzhilfebeträge, soweit sie auf nichtzuwendungsfähige Kosten entfallen und deshalb zu Unrecht geleistet worden sind, zurückgefordert. Hierbei sind jene Baumaßnahmen mit berücksichtigt worden, die in der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen unter Nr. XII der Anlage zur Drs 9/3273 als nicht zuwendungsfähige Teile genannt worden sind.

Das Verkehrsunternehmen hat bei der Bezirksregierung fristgerecht Widerspruch gegen den Rückforderungsbescheid eingelegt. Über den Ausgang der Angelegenheit wird der Landtag unterrichtet werden.

8. Prüfung der Liegenschaftsverwaltung bei einer Bezirksregierung (Punkt XIII der Anlage zur Drs 9/3273)

Bei der Prüfung der Liegenschaftsverwaltung hat der Landesrechnungshof festgestellt, daß eine Bezirksregierung u. a. in zwei Fällen bei der Veräußerung von Grundstücken nicht den bereits vorliegenden höheren Kaufpreisangeboten nachgegangen war und damit die Grundstücke nicht zu ihrem vollen Wert (§ 63 Abs. 3 LHO) verkaufte. In dem zweiten dieser beiden Fälle hatte die Bezirksregierung den Minister der Finanzen als Genehmigungsbehörde nicht über zwei über dem späteren Verkaufspreis von 200 000 DM liegende Angebote unterrichtet. Sie versäumte es auch, sich ein Wiederkaufsrecht zu sichern, obwohl der Käufer — ein Landesbediensteter — das Grundstück offenbar nicht für eigene Wohnzwecke benötigte und deshalb eine Spekulationsabsicht nicht auszuschließen war. Tatsächlich wurde das Grundstück auch — nach Ablauf der steuerlichen Spekulationsfrist — für 530 000 DM weiterveräußert.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen mißbilligt das Verhalten der Bezirksregierung in den beiden vom Landesrechnungshof dargestellten Veräußerungsfällen. In dem zweiten Fall mißbilligt er insbesondere die unzureichende Unterrichtung des für die Genehmigung zuständigen Ministers der Finanzen sowie die Unterlassung von Vorkehrungen, die einer möglicherweise bestehenden Spekulationsabsicht des Erwerbers hätten entgegenwirken können.

Der Ausschuß bittet die Landesregierung, die Höhe des in diesem zweiten Fall dem Lande entstandenen Schadens festzustellen, die Haftungsfrage zu prüfen und dem Landtag über das Ergebnis zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Veräußerung des Grundstücks war im Jahre 1978 eingeleitet worden, nachdem feststand, daß es für eine Nutzung des Landes nicht mehr in Betracht kam. Das Grundstück war zunächst zum Tausch gegen eine für die Erweiterung der Pädagogischen Hochschule benötigte Fläche zum Preise von 85 000 DM vom Land erworben worden. Nachdem die Erweiterungsabsichten der Hochschule aufgegeben worden waren, wurde das Grundstück für Landeszwecke auf Dauer entbehrlich und stellte letztlich eine finanzielle Belastung dar. Für ein zu vereinbarendes Wiederkaufsrecht bestand daher keine Veranlassung. Die mit der Veräußerung beauftragte Bezirksregierung hatte zur Ermittlung des vollen Wertes ordnungsgemäß den Gutachteraus-

schuß eingeschaltet. Dieser hatte mit Gutachten vom 8. Juni 1978 als Verkehrswert für das 836 qm große Grundstück einen Kaufpreis von 142 120 DM (= 170 DM/qm) ermittelt, der auch nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften als zu fordernder voller Wert anzusehen war.

Für den Erwerb des Grundstücks wurden folgende Gebote abgegeben:

- 170 000 DM (= 200 DM/qm)
- 200 000 DM (= 239 DM/qm)
- 209 000 DM (= 250 DM/qm)
- 250 000 DM (= 300 DM/qm).

Von diesen über den gutachtlich festgestellten Verkehrswert liegenden Geboten wurden die beiden letzten ausgeschieden, da sichere Anhaltspunkte bestanden, daß das Grundstück für Spekulationszwecke erworben werden sollte, was jedoch nach Nummer 1.2 der Grundstücksveräußerungsrichtlinien unzulässig ist. Somit war das von dem Erwerber ohne einen Spekulationsanhalt abgegebene Gebot von 200 000 DM das Höchstgebot. Im Hinblick darauf, daß das Land aus seiner öffentlichen Verantwortlichkeit heraus grundsätzlich eine Anhebung des allgemeinen Preisniveaus vermeiden sollte, war die Zustimmung zu diesem rd. 30 v. H. über den gutachterlichen Verkehrswert liegenden Kaufpreis schon nicht bedenkenfrei, aber noch vertretbar. Die später einsetzende Entwicklung, die schließlich zu einem noch höheren Wiederverkaufspreis führte, war zum Zeitpunkt des Verkaufs an den Erwerber nicht erkennbar. Sie kann letztlich längerfristig bei jedem Grundstücksgeschäft eintreten. Sie kann allerdings auch einmal gegenläufig sein.

Zu der Wertsteigerung des Grundstücks im Jahre 1981 ist noch zu bemerken, daß der Gutachterausschuß zu diesem Zeitpunkt einen Grundstückswert von 362 000 DM (432 DM/qm) ermittelt hat. Er führt dies auf inzwischen eingetretene Wertsteigerungen entsprechender Flächen zurück. Dies ist eine natürliche Folge von Angebot und Nachfrage. Welche Umstände dann zu dem vom Wiederverkäufer später erzielten Kaufpreis von 530 000 DM geführt haben, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Nach alledem ist festzustellen, daß die Veräußerung des Grundstücks seinerzeit unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften und Richtlinien erfolgte, ein Schaden für das Land nicht entstanden ist und deshalb die Prüfung der Haftungsfrage entfallen kann.

9. Abschläge auf Dienstbezüge der Beamten

(Punkt XIV der Anlage zur Drs 9/3273)

Aus dem im April 1979 auf die Regierungshauptkasse Braunschweig übergegangenen Zuständigkeitsbereich der ehemaligen Regierungshauptkasse Hildesheim standen Ende 1980 noch rd. 57 000 DM Abschläge auf Dienstbezüge der Beamten offen. Eine Abrechnung der Abschläge mit den endgültigen Dienstbezügen war vor allem deshalb unterblieben, weil die Regierungshauptkasse Hildesheim bei ihrer Auflösung weder eine Nachweisung über diese Abschläge gefertigt noch sämtliche Auszahlungsanordnungen übergeben hatte. Aber auch die Bezirksregierung Braunschweig war der Angelegenheit nicht mit dem notwendigen Nachdruck nachgegangen, so daß es inzwischen fraglich ist, ob sich die Identität der Empfänger der Abschläge noch in allen Fällen feststellen läßt.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen geht davon aus, daß Abschläge künftig unverzüglich abgewickelt werden. Er erwartet, daß im vorliegenden Fall geprüft wird, welche Bediensteten für den dem Land entstandenen Schaden haftbar zu machen sind, soweit Abschläge nicht mehr eingezogen werden können, weil sich zum

Beispiel die Zahlungsverpflichtungen aufgrund fehlender Unterlagen nicht mehr ermitteln lassen, oder soweit Zinsverluste durch verspätete Rückzahlungen entstanden sind. Über das Ergebnis ist dem Landtag zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Haftungsprüfung hat ergeben, daß von den 43 beanstandeten Abschlagszahlungen in 14 Fällen kein Schaden für das Land entstanden ist, da die Beträge fristgemäß erstattet bzw. umgebucht worden sind.

In 19 Fällen sind die als Abschläge angewiesenen Beträge von den Empfängern voll erstattet oder von den laufenden Bezügen einbehalten worden. Durch die verspätete Rückzahlung ist dem Land jedoch ein Zinsschaden von insgesamt 12 176,44 DM entstanden. Bei weiteren 6 Zahlfällen ließ sich der Sachverhalt zumindest soweit aufklären, daß die Rückforderungen veranlaßt werden konnten. Sie konnten jedoch bisher noch nicht abgeschlossen werden, da bei einem Teil Widersprüche eingelegt worden sind.

Die restlichen 4 Fälle konnten trotz intensiver Bemühungen bislang nicht aufgeklärt werden, da außer dem Namen des Empfängers, Betrag und Bankverbindung keine weiteren Angaben bekannt sind. Es erscheint zweifelhaft, ob eine Aufklärung überhaupt möglich sein wird. Zwei dieser Abschlagszahlungen liegen bereits über zehn Jahre zurück.

Auf Grund der Sachverhaltsaufklärung stellt sich die Haftungsfrage gegenwärtig nur in 25 von den insgesamt 43 vom Landesrechnungshof beanstandeten Zahlfällen, und zwar bei 6 noch nicht abgeschlossenen Rückforderungsfällen und 19 Zinsschadensfällen.

Rückforderungsfälle:

In einem Fall ist die 10jährige Verjährungsfrist nach § 86 NBG bereits verstrichen. Ein Zweitregreß kommt nicht in Betracht, weil der Schadensfall erst nach Ablauf der Frist bekanntgeworden ist.

In 3 Fällen, in denen ein Schaden entstanden ist und anhand der vorhandenen Unterlagen die damals zuständigen Kontenverwalter festgestellt werden konnten, sind Regreßansprüche gegenüber diesen Bediensteten geltend gemacht worden.

In 2 Fällen konnte die Haftungsfrage noch nicht abschließend geprüft werden, da es trotz intensiver Bemühungen bisher nicht möglich war, die Namen der Kontenverwalter zu ermitteln. Die zur Aufklärung erforderlichen Unterlagen, die vom damaligen Regierungspräsidenten in H. im Rahmen des Vollzugs der Bezirksreform als Altablage der Bezirksregierung B. in mehr als 200 Umzugskisten übergeben worden sind, mußten mit einem erheblichen Zeitaufwand aussortiert und zu den Einzelvorgängen genommen werden. Hierdurch konnten zwar einzelne Angaben gewonnen werden, teilweise waren die Unterlagen aber nicht mehr auffindbar bzw. nicht mehr vorhanden. Eine Nachforschungsaktion bei allen Besoldungsstellen des Landes hat nur in einem Fall brauchbare Informationen erbracht.

Schwierigkeiten ergaben sich außerdem, weil einige Zahlfälle mehr als zehn Jahre zurückliegen und anhand der noch vorhandenen Geschäftsverteilungspläne eine Ermittlung der damals zuständigen Kontenverwalter nur bedingt möglich ist.

Zinsschadensfälle:

Aus den vorstehend genannten Gründen konnte die Haftungsprüfung in 9 Fällen, in denen durch die verspätete Rückerstattung der Abschläge ein Zinsschaden entstanden ist, ebenfalls noch nicht abgeschlossen werden. Von den restlichen 10 Fällen mit eingetretenem Zinsschaden wurde in 4 Fällen die Haftungsprüfung nach § 7

LHO eingestellt, weil die Höhe des Zinsschadens insgesamt nur 54,89 DM betrug. In einem weiteren Fall ist die Haftungsprüfung eingestellt worden, weil keine grob-fahrlässige Dienstpflichtverletzung vorlag. In den übrigen 5 Fällen ist der entstandene Zinsschaden gegenüber den zuständigen Kontenverwaltern gemäß § 14 BAT in Verbindung mit § 86 NBG zur Erstattung geltend gemacht worden.

Die jetzt zuständige Bezirksregierung B. wird im Rahmen der Möglichkeiten weitere Ermittlungen zur Klärung der Haftungsfrage in den noch nicht vollständig abgeschlossenen Fällen anstellen. Über das Ergebnis wird der Landtag unterrichtet werden.

Abschließend ist zu bemerken, daß das Landesverwaltungsamt zur Zeit eine Untersuchung über die automatische Zahlbarmachung und Abrechnung der Abschlags-, Vorschuß- und Einzelzahlungen durchführt. Der Bericht über die Untersuchung, der in Kürze fertiggestellt wird, enthält ein Neukonzept für die automatische Abrechnung der genannten Zahlungsarten, so daß nach einer Realisierung des Projekts künftig die vom Landesrechnungshof beanstandeten Abrechnungsfehler nicht mehr auftreten können.

10. Vermögensrechnung des Landes (Punkt XV der Anlage zur Drs 9/3273)

Die Vermögensrechnung für das Haushaltsjahr 1979 und die zugrunde liegende Vermögensbuchführung wiesen nach den Feststellungen des Landesrechnungshofs eine Reihe von Mängeln in formeller und materieller Hinsicht auf. Diese Mängel sind, wie sich bei den Erörterungen des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ zeigte, inzwischen vom Minister der Finanzen behoben worden.

Der Landesrechnungshof hat darüber hinaus angesichts des arbeitsaufwendigen Aufstellungsverfahrens und gleichwohl wenig aussagekräftigen Ergebnisses der bisherigen Vermögensrechnung in Frage gestellt, ob dieses Instrument der Rechnungslegung weiterhin in der gegenwärtigen Form angewandt werden soll.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Minister der Finanzen inzwischen Maßnahmen zur Abstellung der vom Landesrechnungshof festgestellten Mängel der Vermögensbuchführung und der Vermögensrechnung getroffen hat.

Im übrigen teilt der Ausschuß die generellen Bedenken des Landesrechnungshofs gegen die bisherige Form des Vermögensnachweises und bittet die Landesregierung, den Landtag über das Ergebnis ihrer Überlegungen zur Neukonzeption dieses Nachweises zu unterrichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die vom Landtag auf Grund von Feststellungen des Landesrechnungshofs geäußerten Bedenken gegen die bisherige Form der Vermögensrechnung werden geteilt. Der Minister der Finanzen hat Maßnahmen getroffen, um die Mängel der Vermögensrechnung abzustellen. Er beabsichtigt darüber hinaus, den Vermögensnachweis grundsätzlich neu zu gestalten. Die Überlegungen zur Neukonzeption dieses Nachweises zielen darauf ab, daß mit Ausnahme für Darlehensforderungen nur noch Bestandsverzeichnisse zu führen sind.

Für das bislang in der Vermögenshauptrechnung eines jeden Haushaltsjahres erfaßte Vermögen bedeutet dies, daß zukünftig für die kaufmännisch eingerichteten Wirtschaftsbetriebe des Landes durch deren Bilanz ein anderer Nachweis weiterhin geführt wird. Für die Beteiligung des Landes an Unternehmen wird dieser Nachweis durch ein beim Minister der Finanzen bereits geführtes Verzeichnis der Beteiligun-

gen des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen und für Wertpapiere durch die bisher verwendeten Vermögenskarteien nebst Verzeichnis geführt.

Die Forderungen des Landes aus Darlehen (einschließlich der vermögenswirksamen Teile des Sondervermögens) werden in einer gesonderten Aufstellung zusammengefaßt und der Haushaltsrechnung beigelegt. Diese Forderungen werden nach Einführung der entsprechenden Datentechnik automatisch, das heißt zusammen mit der Buchung der Einnahmen und Ausgaben erfaßt und fortgeschrieben werden. Bis dahin ist für die Darlehensforderungen ein gesonderter Nachweis weiterhin erforderlich.

Der Minister der Finanzen wird die Buchführungs- und Rechnungslegungsordnung für das Vermögen des Landes entsprechend ändern.

Der Landesrechnungshof wurde über die geplante vereinfachte Darstellung des Landesvermögens unterrichtet. Das Abstimmungsverfahren ist noch im Gange.

11. Prüfung einer Polizeidirektion

(Punkt XVI der Anlage zur Drs 9/3273)

In seinem Denkschriftsbeitrag hat der Landesrechnungshof seinen bereits früher vorgebrachten Vorschlag aufgegriffen, im Interesse einer einheitlichen und rationellen Personalwirtschaft die verwaltungsmäßige Abwicklung sämtlicher Personalangelegenheiten statt den bisher zuständigen drei Stellen (Abteilungen Schutzpolizei, Kriminalpolizei und Verwaltung) allein der Verwaltungsstelle zu übertragen. Die Angelegenheit war seinerzeit vom Minister des Innern wegen bevorstehender Neuordnung der Mittelinstanz zurückgestellt worden. In den Beratungen des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ hat der Minister gegen die einheitliche Sachbearbeitung an einer Stelle zunächst Bedenken erhoben, weil s. E. die organisatorische Zuordnung der bei der Bezirksregierung entsprechen müsse. Dort sei die Personalsachbearbeitung bei zwei Stellen angesiedelt.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen bittet die Landesregierung, erneut zu prüfen, ob eine Zusammenfassung der Personalangelegenheiten an einer Stelle bei den Polizeidirektionen entgegen den bisherigen Auffassungen nicht doch dienlich ist. Er bittet, dem Landtag über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Der Minister des Innern hat eine Polizeidirektion am 13. Oktober 1982 angewiesen, ab sofort versuchsweise eine gemeinsame Personalgeschäftsstelle für alle Behördenanteile bei der Abteilung Verwaltung einzurichten. Nach Ablauf eines Jahres wird anhand der bis dahin gesammelten Erfahrungen geprüft werden, ob die vom Landesrechnungshof erwartete Verbesserung der innerdienstlichen Organisation tatsächlich eingetreten ist. Erst nach Abschluß der Überprüfung wird endgültig entschieden werden können, welche Organisationsform als Dauerlösung geeignet ist.

Der Landtag wird über das Ergebnis des Versuchs unterrichtet werden.

12. Fachberater für Hör- und Sprachgeschädigte beim Landessozialamt Niedersachsen (Punkt XVII der Anlage zur Drs 9/3273)

Beim Landessozialamt Niedersachsen sind 4 Fachberater für Hör- und Sprachgeschädigte beschäftigt, die landesweit in Zusammenarbeit mit den Amtsärzten bei der Früherkennung und Beratung zur Therapie hör- und sprachbehinderter Kinder tätig werden. Der Landesrechnungshof hat in seinem Denkschriftsbeitrag auf eine Reihe offener Fragen, wie das Fehlen eindeutiger Richtlinien und Dienstanweisungen für diesen Beratungsdienst, die ungeklärte organisatorische Einbindung der

Fachberater sowie die mangelhafte Abgrenzung zum ärztlichen Dienst und zu den pädoaudiologischen Beratungsstellen der Landesgehörlosenschulen, hingewiesen. Er hat ferner erhebliche Zweifel, ob sich die Aufgaben der Fachberater entsprechend den Darlegungen des Sozialministeriums als Teil des landesärztlichen Dienstes nach § 126 a BSHG kennzeichnen lassen, da die Fachberater weder Ärzte, die über besondere Erfahrungen in der Hilfe für Behinderte verfügen, noch ärztliche Hilfskräfte sind.

In den Erörterungen des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ sind die Fragen zum Status der Fachberater und zu ihren Aufgaben offengeblieben.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen erwartet, daß eindeutige Richtlinien und Dienstanweisungen über Aufgaben und Zuständigkeiten der Fachberater für Hör- und Sprachgeschädigte sowie deren organisatorische Eingliederung in die praktische Aufgabenerledigung erlassen werden. Er bittet die Landesregierung, dem Landtag über das Veranlaßte zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Richtlinien für die Tätigkeit der Fachberater für Hör- und Sprachgeschädigte beim Landessozialamt Niedersachsen vom 10. November 1982 wurden inzwischen im Nds. MBl. S. 2176 veröffentlicht.

Damit sind die Aufgaben und Zuständigkeiten der Fachberater sowie ihre organisatorische Zuordnung eindeutig geregelt worden.

13. Einführung ADV-gestützter Verwaltungs- und Informationssysteme im Hochschulbereich

(Punkt XVIII der Anlage zur Drs 9/3273)

Bei der Erörterung eines Denkschriftsbeitrags für das Haushaltsjahr 1975 hatte der Minister für Wissenschaft und Kunst der Auffassung des Landesrechnungshofs zugestimmt, daß ADV-Systeme im Hochschulbereich möglichst landeseinheitlich und im Einzelfall nur mit Zustimmung des Ministers eingeführt werden sollten. Für die entsprechenden Untersuchungen richtete der Minister eine zentrale Projektgruppe ein, der er jedoch nicht — wie es Grundvoraussetzung für alle weiteren Einzeluntersuchungen gewesen wäre — als vordringlichste Aufgabe eine generelle Untersuchung über die Organisation der ADV-Unterstützung bei Verwaltungsaufgaben der niedersächsischen Hochschulen zuwies. Statt dessen beauftragte er die Gruppe — teilweise mündlich — sogleich mit der Untersuchung der Freigabevoraussetzungen bestimmter vorgegebener Programmsysteme.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen teilt die Bedenken des Landesrechnungshofs, der zentralen Projektgruppe für Untersuchungen im Zusammenhang mit der Einführung von ADV-Verfahren in der Hochschulverwaltung Aufträge lediglich mündlich zu erteilen.

Der Ausschuß erwartet, daß der Minister für Wissenschaft und Kunst der zentralen Projektgruppe eine Aufstellung der zu untersuchenden Aufgabenfelder, eine nach Dringlichkeit geordnete verbindliche Reihenfolge der Untersuchungen sowie einen mittelfristigen Zeitplan vorgibt, der entsprechend den Ergebnissen abgeschlossener Untersuchungen fortzuschreiben ist, und dem Landtag über das Veranlaßte berichtet.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Zentrale EDV-Gruppe für die Hochschulen des Landes ist vom Minister für Wissenschaft und Kunst mit Erlaß vom 29. Juli 1981 beauftragt worden, eine Untersu-

chung zur Organisation der EDV-Unterstützung bei Verwaltungsaufgaben der Hochschulen durchzuführen mit dem Ziel, Vorschläge für ein Soll-Konzept zu erarbeiten.

Die Zentrale EDV-Gruppe hat die Untersuchung termingerecht unter beratender Beteiligung von fünf externen Sachverständigen abgeschlossen und den Abschlußbericht (Rahmenkonzept) dem Minister für Wissenschaft und Kunst am 30. August 1982 vorgelegt.

In dem Bericht werden — ausgehend von einer Bewertung des Ist-Zustandes — unter Berücksichtigung der künftigen Anforderungen die erforderliche Ausstattung der administrativen Datenverarbeitung dargestellt und für die künftige Organisation der EDV-Unterstützung der Hochschulverwaltungen Lösungsalternativen gegenübergestellt und unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten analysiert und bewertet.

Der Abschlußbericht ist den Hochschulen sowie nachrichtlich dem Minister des Innern und dem Landesrechnungshof zur Stellungnahme zugeleitet worden. Der Minister für Wissenschaft und Kunst geht davon aus, daß die zur Vorbereitung seiner Entscheidung erforderlichen Erörterungen Anfang des Jahres 1983 abgeschlossen werden können.

Auf der Grundlage des Rahmenkonzepts werden der Zentralen EDV-Gruppe für die Hochschulen des Landes die notwendigen Vorgaben für die zu untersuchenden Aufgabenfelder gemacht und eine nach Dringlichkeit geordnete verbindliche Reihenfolge der Untersuchungen sowie ein mittelfristiger Zeitplan genannt.

14. Förderung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung

(Punkt XX der Anlage zur Drs 9/3273)

Die vom Minister für Wissenschaft und Kunst für die Förderung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung erteilten Zuwendungsbescheide enthielten hinsichtlich der Verwendung von „Drittmitteln“ Widersprüchlichkeiten, die es der Einrichtung ermöglichten, Rücklagen zu bilden und diese zum Teil als Festgeld anzulegen. Der Landesrechnungshof hat die in der fehlerhaften Bewilligung liegenden Verstöße gegen zuwendungsrechtliche Bestimmungen beanstandet. Nach seiner Meinung müssen — sofern die Einrichtung überhaupt noch gefördert werden soll — die „Drittmittel“ in vollem Umfang bei der Bemessung des Zuwendungsbedarfs berücksichtigt werden.

In den Erörterungen vor dem Unterausschuß „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ konnten zu der Frage, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang die Bildung von Rücklagen aus den „Drittmitteln“ zugelassen werden sollte, keine abschließenden Ergebnisse erzielt werden.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen erwartet, daß bei der institutionellen Förderung die Grundsätze des Haushalts- und Zuwendungsrechts beachtet und die im Bereich der Finanzierung solcher Einrichtungen noch offenen Fragen von der Landesregierung im Benehmen mit dem Landesrechnungshof geklärt werden. Über das Ergebnis ist dem Landtag zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Forderung des Landesrechnungshofs, bei institutioneller Förderung den Fehlbedarf im Interesse einer möglichst geringen Kreditaufnahme des Landes durch nicht verbrauchte Zuwendungen Dritter zu mindern, auch wenn diese Zuwendungen zweckbestimmt sind und zur Erfüllung des jeweiligen Zwecks später noch be-

nötigt werden, ist zwischen dem Minister der Finanzen, dem Minister für Wissenschaft und Kunst und dem Landesrechnungshof bereits erörtert worden.

Eine abschließende Klärung konnte aber bislang nicht erreicht werden. Es muß noch geprüft werden, welche haushaltsrechtlichen Möglichkeiten bestehen, um Landesmittel, die im Rahmen einer institutionellen Förderung durch die Anrechnung von zweckgebundenen Drittmitteln nicht benötigt werden, in späteren Haushaltsjahren zur Erfüllung des vom Drittmittelgeber bestimmten Zwecks erneut beitzustellen.

Außerdem muß noch die Frage geklärt werden, ob die Anrechnung von zweckgebundenen Drittmitteln auf den Fehlbedarf einer institutionellen Förderung nicht nur den Einzelplan 06, sondern alle Einzelpläne des Landeshaushalts berührt.

15. Mangelnde Ausschöpfung vorhandener Studienplatzkapazitäten

(Punkt XXI der Anlage zur Drs 9/3273)

Am Beispiel des Studiengangs Agrarwissenschaften der Universität Göttingen hat der Landesrechnungshof aufgezeigt, welche Auswirkungen auf die Ausschöpfung der vorhandenen Studienplatzkapazitäten dem bislang noch unregulierten Umfang der Mindestlehrverpflichtungen des akademischen Mittelbaus zukommt.

Die Erörterungen vor dem Unterausschuß „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ haben erkennen lassen, daß der Minister für Wissenschaft und Kunst zwar auch den Erlaß der von ihm bereits vorbereiteten Regellehrverpflichtungsverordnung nach § 64 NHG für vordringlich hält, hinsichtlich der zumutbaren Höhe dieser Lehrverpflichtungen jedoch erheblich hinter den Vorstellungen des Landesrechnungshofs zurückbleiben will.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen erwartet, daß stets alle vorhandenen Ausbildungskapazitäten erschöpfend genutzt werden. Dazu gehört auch, daß die Regellehrverpflichtung, insbesondere auch der wissenschaftlichen Mitarbeiter, auf das höchst zulässige und vertretbare Maß festgesetzt wird.

Der Ausschuß wünscht, daß die nach § 64 NHG erforderlichen Regelungen alsbald getroffen werden. Dem Landtag ist darüber zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Der Entwurf einer Verordnung gemäß § 64 NHG über die Regellehrverpflichtung des hauptamtlichen und des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals an Hochschulen wird in Kürze dem Landesministerium zur zustimmenden Kenntnisnahme vorgelegt werden. Danach soll die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung der Hochschulen erfolgen.

16. Sicherung eines Rechenzentrums gegen das Eindringen unbefugter Dritter

(Punkt XXII der Anlage zur Drs 9/3273)

Bereits 1978 hatte der Landesrechnungshof die unzureichende Sicherung des neu errichteten Rechenzentrums der Universität Oldenburg gegen unbefugtes Eindringen Dritter beanstandet. Die daraufhin auch vom Minister für Wissenschaft und Kunst für erforderlich angesehenen Baumaßnahmen waren jedoch im Frühjahr 1981 noch immer nicht abgeschlossen. Auch bei anderen Rechenzentren wird, wie der Landesrechnungshof während der Erörterungen des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ ergänzend vorgetragen hat, dem Sicherungsgesichtspunkt nicht immer hinreichend Rechnung getragen.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen hält es für erforderlich, daß alle ADV-Anlagen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der bereits durchgeführten Umfrage bei 47 Hochschulen vor Beschädigung, Zerstörung und dem Zugriff Dritter gesichert und daß insoweit etwa vorhandene Mängel unverzüglich beseitigt werden.

Der Ausschuß bittet, dem Landtag über das Veranlaßte zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die zur Sicherung des Rechenzentrums der Universität gegen das Eindringen unbefugter Dritter erforderlichen Baumaßnahmen, nämlich die Anbringung äußerer Stahlrolläden, der Einbau gesicherter Schließfächer, die Sicherung der Fußbodenplatten und des darunter liegenden Hohlraums sowie die Sicherung der Job-Eingabe sind inzwischen mit Gesamtkosten von rd. 100 000 DM abgeschlossen worden.

Die Prüfung der Frage, ob alle ADV-Anlagen der Hochschulen des Landes vor Beschädigung, Zerstörung und dem unbefugten Zugriff Dritter gesichert sind oder ob Mängel bestehen, ist noch nicht abgeschlossen. Nach der Zuständigkeitenregelung beim Hochschulbau ist hierbei die Staatshochbauverwaltung einzuschalten. Das Ergebnis der Untersuchung wird frühestens Anfang des Jahres 1983 vorliegen.

17. Unvollständige und verspätete Erhebung von Einnahmen
(Punkt XXIV der Anlage zur Drs 9/3273)

In seinem Denkschriftsbeitrag hat der Landesrechnungshof über gravierende Mängel bei der Erfassung der ambulanten Leistungen im poliklinischen Bereich der Kinderklinik der Medizinischen Hochschule Hannover sowie bei der Abrechnung der ambulanten Leistungen der Hochschule insgesamt berichtet. Danach waren die ambulanten Leistungen zu einem erheblichen Teil gar nicht oder erst sehr verspätet erfaßt und selbst dann größtenteils mit weiterer unvertretbarer Verspätung in Rechnung gestellt worden. Auch die in Rechnung gestellten Beträge hatte die Hochschule meist viel zu spät angemahnt oder beigetrieben.

Der Landesrechnungshof hat ferner darauf hingewiesen, daß die tatsächlichen Kosten der Hochschule bei der ambulanten Behandlung von Kassenpatienten ein Mehrfaches des Pauschbetrages ausmachen, der hierfür von der kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen vergütet wird.

In den Erörterungen des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ hat der Minister für Wissenschaft und Kunst die aufgedeckten Mißstände bei der Abrechnung und Erhebung der Einnahmen bestätigt. Seine Ausführungen haben jedoch erkennen lassen, daß bis zu diesem Zeitpunkt wirksame Maßnahmen zur Abstellung der Mängel noch nicht ergriffen worden waren.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen mißbilligt die vom Landesrechnungshof festgestellten Verstöße und Versäumnisse bei der Abrechnung und Erhebung von Einnahmen im ambulanten Bereich der Medizinischen Hochschule Hannover sowie das Unterlassen unverzüglicher Maßnahmen, um die Mängel, nachdem sie bekanntgeworden waren, abzustellen.

Der Ausschuß begrüßt, daß der Minister für Wissenschaft und Kunst mit Hilfe eines ADV-Programms langfristig auch im ambulanten Bereich eine vollständige und rechtzeitige Leistungserfassung, eine zügige Abrechnung sowie eine angemessene Überwachung des Zahlungseingangs sicherstellen will. Er erwartet, daß unabhängig davon nunmehr unverzüglich eine ordnungsgemäße Einnahmeerhebung sichergestellt und hinsichtlich der entgangenen Einnahmen die Haftungsfrage geprüft wird.

Im übrigen teilt der Ausschuß die Auffassung des Landesrechnungshofs, daß die mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen vereinbarten Pauschbeträge weit unterhalb des tatsächlichen Aufwands der Medizinischen Hochschule Hannover in diesem Bereich liegen und deshalb erhöht werden sollten. Solange sich eine angemessene Deckung der nicht der Forschung und Lehre zuzurechnenden Kosten der poliklinischen Krankenversorgung nicht erreichen läßt, sollte der eigentlich von der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen aufzubringende Betrag im Haushaltsplan gesondert ausgewiesen werden, um bisher verdeckte Subventionen offenzulegen.

Der Ausschuß bittet die Landesregierung um einen eingehenden Bericht über das Veranlaßte.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Landesregierung ist der Auffassung, daß hinsichtlich der festgestellten Mängel bei der Erfassung und Abrechnung medizinischer Leistungen im Ambulanzbereich der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) eine dauerhafte und rationelle Verbesserung nur durch einen verstärkten ADV-Einsatz erreicht werden kann.

Nach dem bisherigen Ermittlungsstand verfügt keine Hochschulklinik über ein mit dem Rechnungswesen integriertes System, so daß davon auszugehen ist, daß die MHH gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den Kliniken der Universität Göttingen ein eigenes System entwickeln muß.

Die MHH wurde deshalb angewiesen, eine Arbeitsgruppe zu bilden und diese mit der Erarbeitung eines entsprechenden Organisations- und ADV-Konzeptes zu beauftragen. Auf Grund der Komplexität dieser Aufgabe ist damit zu rechnen, daß die Planung und Realisierung dieses Konzeptes zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen wird.

Gleichzeitig wurden sofort wirksame Maßnahmen ergriffen, die — auch ohne ADV-Konzept — eine ordnungsgemäße Einnahmeerhebung soweit wie möglich sicherstellen.

Ein Teil dieser Maßnahmen kann für das spätere ADV-Gesamtkonzept verwendet werden:

A. Erfassung ambulanter Leistungen im poliklinischen Bereich der Kinderklinik:

Die baulichen Gegebenheiten der sehr weitläufigen Kinderklinik lassen eine gezielte Steuerung des Patientenstromes über eine zentrale Aufnahmeorganisation nur bedingt zu. Die Kinderklinik verfügt über verschiedene Zugangsmöglichkeiten, die von den Patienten auch genutzt werden. Diese äußeren Gegebenheiten erschweren die Bearbeitung der verwaltungsmäßigen Vorgänge und erfordern eine Mitarbeit der Ärzte und Pflegekräfte.

Zur Verbesserung der Patientenerfassung sind die in der Kinderklinik diensttuenden Pförtner nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, die Eltern der aufzunehmenden Kinder in den Aufnahmebereich zu verweisen.

Die leitenden Ärzte der Kinderklinik wurden erneut auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, daß die in den ambulanten Bereichen tätigen Pflegekräfte auch weiterhin in die Verwaltungsarbeiten eingeschaltet werden müssen. In einer Dienstbesprechung hat der Leiter der Abteilung Patientendienste den leitenden Schwestern der Ambulanzen in der Kinderklinik die Verwaltungsabläufe im einzelnen erläutert und um deren Beachtung gebeten.

Da aus den genannten baulichen Gründen in der Kinderklinik eine zentrale Patientenaufnahme nicht ermöglicht werden kann und es sich bei einem großen Teil der Patienten um Notfälle handelt, in denen eine sofortige Versorgung der

Kinder im Vordergrund steht, ist durch organisatorische Maßnahmen inzwischen sichergestellt, daß spätestens bei der Behandlung der Patienten die notwendige Aufnahme kontrolliert und gegebenenfalls nachträglich vollzogen wird.

Bei den Kassenpatienten ist die Kontrolle des Eingangs, die Weiterleitung und die Abrechnung der Behandlungsscheine inzwischen hinsichtlich der Zuständigkeiten und der Arbeitsabläufe geregelt. Das gilt auch für die weiteren Behandlungsscheine bei Patienten, die über ein Kalendervierteljahr hinaus behandelt werden.

Stichproben der Innenrevision der MHH haben zu keinerlei Beanstandungen geführt.

Inzwischen sind auch die organisatorischen Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß die Leistungen der Abteilung für Physikalische Medizin und Rehabilitation (PMR) gesondert abgerechnet werden.

Die Leistungen gegenüber den Selbstzahlern werden einzeln nach dem Nebenkostentarif der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG-NT) in Rechnung gestellt. Die Klinikdirektoren wurden nochmals schriftlich darauf hingewiesen, daß sie sämtliche Leistungen, auch die Tarifiziffern 1 bis 25, in die Krankenakte einzutragen haben.

Um die Übertragung der Leistungen auf sogenannte Leistungsbogen, nach denen die Rechnungen erstellt werden, zu erleichtern, wurden von der Arbeitsgruppe „Ambulanz“ EDV-gerecht gestaltete Erfassungsbogen entwickelt, die die am häufigsten vorkommenden Leistungen der jeweiligen Poliklinik derartig vorgeben, daß diese nur noch angekreuzt werden müssen.

Eine schnelle und vollständige Leistungserfassung ist damit zu erwarten.

Weiterhin wurde der Abrechnungszeitraum auf das jeweilige Kalendervierteljahr begrenzt.

Die zuvor genannten Maßnahmen zur Verbesserung der Leistungserfassung wurden auch für die Abrechnung der Sachkosten bei Patienten, die von den Ärzten im Wege der Nebentätigkeit privat behandelt werden, angeordnet.

Hinsichtlich der Abrechnung von Sachkosten für Patienten aus den sogenannten „Ermächtigungsverträgen“ wurde mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN) eine Vereinbarung getroffen, nach der die MHH quartalsweise eine EDV-Auswertung über die in den Arzthonoraren enthaltenen Sachkosten erhält. Auch eine Berechnung der Nutzungsentgelte gemäß § 75 c NBG ist auf der Grundlage des gesondert ausgewiesenen Honoraranteils möglich. Es werden derzeit weitere Verhandlungen mit der KVN geführt, wonach diese der MHH die Sachkosten auf Grund der genannten Auswertungen direkt überweisen wird.

Von Selbstzahlern und Privatpatienten ist bei der Aufnahme und in jedem Folgequartal ein sogenannter Behandlungsantrag zu unterschreiben, von dem die Abrechnungsstelle eine Kontrolldurchschrift erhält.

B. Leistungsabrechnung:

Das in der Vergangenheit sehr zeitaufwendige manuelle Fakturierungsverfahren wurde im 1. Halbjahr 1980 mit eigenem Programm auf eine Datenerfassungsanlage übernommen. Seitdem werden die Leistungsbogen kontinuierlich und wesentlich schneller fakturiert. Die erfaßten Daten werden inzwischen gleichzeitig in die Hauptbuchhaltung (Finanzbuchhaltung) per ADV übertragen, so daß die Rechnungsbeträge dem Rechnungswesen (Debitorenbuchhaltung und Mahnwesen) sofort zur Verfügung stehen.

Durch den Einsatz des Datenerfassungsgerätes und die neuen Leistungserfassungsbogen ist der Rückstand bei der Erstellung der Rechnungen umfassend abgebaut worden.

Mit Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens zum 1. Januar 1981 werden die an den Bilanzstichtagen auszuweisenden Außenstände sichtbar und kontrollierbar.

Als Erfolg der eingeleiteten Maßnahmen ist darauf hinzuweisen, daß die in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1981 ausgewiesenen offenen Posten aus ambulanten Vorgängen der Jahre 1976 bis 1980 in Höhe von 12 Mio. DM im Laufe des Jahres 1981 bis auf rd. 0,6 Mio. DM abgebaut werden konnten. Auch der Restbetrag unterliegt der Überwachung und Abklärung.

Nach Einsatz des Datenerfassungsgerätes konnten inzwischen auch die Überwachung der Zahlungseingänge und das Mahnwesen automatisiert werden. Vollstreckungsmaßnahmen werden jetzt zeitnah eingeleitet. Auch dieser Bereich soll durch die ADV unterstützt werden.

Das Verfahren zur befristeten oder unbefristeten Niederschlagung ist inzwischen durch Dienstanweisung geregelt.

C. Nachberechnung und Prüfung der Haftungsfrage:

Die Hochschule wurde aufgefordert, in den festgestellten Fällen, soweit dieses noch möglich und im Verhältnis zu den Kosten lohnend ist, Nachberechnungen vorzunehmen. In der Mehrzahl der Fälle wurde inzwischen nachberechnet.

Eine abschließende Aussage bezüglich der Realisierbarkeit sämtlicher Forderungen bzw. der Berechtigung von Niederschlagungen und der daraus gegebenenfalls resultierenden Schadensersatzansprüche gegen die Verantwortlichen kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgegeben werden.

D. Angemessenheit der Vergütung der ambulanten Leistungen bei Kassenpatienten:

Die tatsächlichen Kosten der Hochschule bei der ambulanten Behandlung von Kassenpatienten betragen, auch nach Abzug der Kosten für Forschung und Lehre, ein Mehrfaches des Pauschalbetrages, der hierfür derzeit von der KVN vergütet wird. Auf Grund der bisherigen Rechtslage konnte in früheren Verhandlungen mit der KVN keine Anhebung des Pauschalbetrages durchgesetzt werden, so daß die MHH angewiesen wurde, Klage auf Feststellung eines angemessenen Satzes zu erheben. Die wünschenswerte Verbesserung der Abrechnungsmodalitäten, die nur über eine Änderung der Reichsversicherungsordnung (§ 368 n RVO) zu erreichen war, ist im Rahmen der Novellierung des Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetzes zum 1. Juli 1982 in Kraft getreten. Über die hiernach zu leistenden Vergütungen werden derzeit mit der KVN Verhandlungen geführt. Probleme bereitet dabei die Auslegung des Begriffs der sogenannten „Einzelfallvergütung“, die noch in keinem Bundesland abgeschlossen ist.

Dem Anliegen — solange sich eine angemessene Deckung der nicht der Forschung und Lehre zuzurechnenden Kosten der poliklinischen Krankenversorgung nicht erreichen läßt, den eigentlich von der KVN aufzubringenden Differenzbetrag im Haushaltsplan gesondert auszuweisen, um bisher verdeckte Subventionen offenzulegen — kann erst nachgekommen werden, wenn die Hochschule über eine voll funktionsfähige Kosten- und Leistungsrechnung verfügt.

**18. Behandlung von Privatpatienten durch nicht liquidationsberechtigte Ärzte
(Punkt XXV der Anfrage zur Drs 9/3273)**

Die Befugnis, im Wege der Nebentätigkeit Privatpatienten selbständig zu behandeln und dafür ein besonderes Honorar zu fordern, darf nach den geltenden Bestimmungen nur Klinikdirektoren (Vorstehern klinischer Abteilungen) erteilt werden. Andere Klinikärzte dürfen danach nur die Genehmigung zur Mitwirkung bei einer solchen Behandlung ohne eigenes Liquidationsrecht erhalten.

In der Praxis werden bei der Behandlung von Privatpatienten auch nichtliquidationsberechtigte Oberärzte selbständig tätig, die ihre Honorare über den zuständigen Klinikdirektor abrechnen lassen.

In seinem Denkschriftsbeitrag hat der Landesrechnungshof auf die derzeit noch ungeklärten Rechts- und Haftungsfragen bei dem Tätigwerden von Oberärzten gegenüber Privatpatienten bei Ausscheiden des Klinikdirektors oder dessen vorübergehender Verhinderung hingewiesen. Es müsse zudem eindeutig geregelt werden, was unter Mitwirkung bei der privaten Behandlung von Patienten zu verstehen sei.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen erwartet, daß die Landesregierung die vom Landesrechnungshof aufgezeigte Nebentätigkeitsproblematik generell klärt und eindeutige Regelungen trifft sowie den Landtag darüber unterrichtet.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die von dem Landesrechnungshof aufgeworfenen Fragen sollen in der Hochschulneben tätigkeitsverordnung, die nach § 63 Abs. 4 NHG zu erlassen ist, geklärt werden. Zur Zeit läßt sich noch nicht übersehen, wann die Verordnung erlassen werden kann, weil das Beteiligungsverfahren nach §§ 104 und 119 Abs. 3 NBG geraume Zeit in Anspruch nehmen wird.

19. Untersuchung und Behandlung von Kassenpatienten im Wege der Nebentätigkeit (Punkt XXVI der Anlage zur Drs 9/3273)

Im Rahmen von sog. Ermächtigungsverträgen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen erbringen zahlreiche Klinikdirektoren (Vorsteher klinischer Abteilungen) gegenüber Kassenpatienten Leistungen, die zu den Aufgaben der Hochschule (§§ 2, 3 und 111 NHG) und damit zu den Dienstaufgaben dieser Ärzte gehören. Obwohl sich diese Leistungen wegen ihrer Art und ihres Umfangs in aller Regel nicht von einer Einzelperson, sondern nur von der Klinik als Gesamtheit erbringen lassen, weigert sich die Kassenärztliche Vereinigung bisher, entsprechende Verträge mit der Hochschule selbst (sog. Institutsverträge) abzuschließen.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen bittet die Landesregierung, der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen deutlich zu machen, daß sie ihre Aufgabe, die Krankenversorgung sicherzustellen, nicht dadurch erfüllen kann, daß sie die Klinikdirektoren zu Leistungen ermächtigt, die diese selbst gar nicht allein erbringen können, und daß deshalb in derartigen Fällen nur Institutsermächtigungsverträge in Betracht kommen.

Der Ausschuß bittet die Landesregierung, den Landtag über das Ergebnis ihrer Verhandlungen zu unterrichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Landesregierung hat in erneuten Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen unter Hinweis auf die Beschlußfassung des Landtages den Abschluß von sogenannten Institutsverträgen gefordert,

- soweit Leistungen im ambulanten Bereich nicht in erster Linie aus Gründen der Forschung und Lehre erbracht werden (und daher über den Poliklinikvertrag abzurechnen sind)
- wenn die ambulanten Leistungen ausschließlich oder doch ganz überwiegend zur Sicherstellung der Krankenversorgung erbracht werden
- wenn die Leistungen von der Klinik als Gesamtheit erbracht werden und nicht allein von dem bisher ermächtigten leitenden Arzt.

Die Verhandlungen, an denen auch der Landesrechnungshof teilgenommen hat, sind noch nicht abgeschlossen. Über den Abschluß der Verhandlungen und deren Ergebnis wird der Landtag zu gegebener Zeit unterrichtet werden.

20. Prüfung im Zuwendungsbereich

(Punkt XXVII der Anlage zur Drs 9/3273)

Bei der Gewährung von Zuwendungen im Kultusbereich, insbesondere aus Mitteln für Allgemeine Bewilligungen der Jugendhilfe und der Jugendpflege, verstieß eine Bezirksregierung teilweise in erheblichem Maße gegen haushaltsrechtliche Bestimmungen. So bewilligte die Behörde z. B. Mittel ohne Kenntnis der vorgesehenen zuwendungsfähigen Ausgaben sowie höhere Zuwendungen als beantragt, zahlte Gelder ohne vorherigen Zuwendungsbescheid aus, leistete Auszahlungen, auch wenn die Gelder erkennbar nicht alsbald verbraucht werden konnten, reagierte nicht auf Vorgänge, die Rückforderungsansprüche auslösten, sorgte nicht für die rechtzeitige Vorlage von Verwendungsnachweisen oder wertete die vorgelegten Nachweise nicht aus. Über die Verteilung der Zuwendungen für zentrale Führungsmaßnahmen der Jugendverbände entschied die Bezirksregierung nicht selbst, sondern wies die Mittel den Verbänden ohne nähere Prüfung entsprechend der vom Landesjugendring beschlossenen Verteilung zu. Der Landesrechnungshof hat ferner Bedenken dagegen geäußert, daß häufig — gestützt auf eine generelle Ausnahmegenehmigung des Kultusministers — Zuwendungen für bereits abgeschlossene Maßnahmen gewährt wurden.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen mißbilligt die Zuwendungspraxis der Bezirksregierung. Er bittet, die Haftungsfrage zu prüfen und über das Ergebnis zu berichten.

Der Ausschuß bittet die Landesregierung ferner, das Verteilungsverfahren durch den Landesjugendring zu überprüfen und in jedem Fall sicherzustellen, daß den Bewilligungsbehörden die notwendigen Grundlagen für ihre Entscheidungen über die Vergabe von Zuwendungen zur Verfügung stehen, ihnen der unerläßliche Entscheidungsspielraum eingeräumt und die Möglichkeit gegeben wird, die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel zu überprüfen. Der Ausschuß bittet, den Landtag über das Ergebnis zu unterrichten.

Im übrigen teilt der Ausschuß die Auffassung des Landesrechnungshofs, daß eine allgemeine Ausnahmeregelung für die Gewährung von Zuwendungen zu bereits durchgeführten Maßnahmen in dem o. g. Zuwendungsbereich zu weit geht. Er bittet die Landesregierung um Vorschläge für ein Verfahren, das den Grundsätzen der §§ 23 und 44 LHO stärker Rechnung trägt.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die beanstandeten Zuwendungen sind zurückgefordert worden, soweit dies rechtlich zulässig und nach Ausschöpfung des von der Verwaltung im Rahmen der Zuwendungsgewährung zu beachtenden Ermessensspielraumes auch rechtlich erforderlich war. In mehreren Fällen wurden Zuwendungen zurückgezahlt und Zinsen gezahlt. In Einzelfällen ist von Zuwendungsempfängern gegen die Rückforderung der Verwaltungsrechtsweg beschritten worden.

Die Prüfung der Haftungsfrage ist eingeleitet worden. Sie konnte aber noch nicht in allen Fällen (zum Beispiel wegen der noch anhängigen streitigen Rückforderungsverfahren) abgeschlossen werden.

Ein neu festgelegtes Verteilungsverfahren trägt den Bedenken des Landtages Rechnung und vermeidet gleichzeitig einen auf den Einzelfall bezogenen unvertretba-

ren Verwaltungsaufwand. Schwierigkeiten bei der Neuregelung ergaben sich insbesondere dadurch, daß die Gesamtzahl der jährlich geförderten Bildungsmaßnahmen der Jugendverbände zwischen 2 000 und 3 000 liegt; einzelne Verbände führen zum Beispiel bis zu 500 Bildungsmaßnahmen durch. Auf Grund ihrer Organisation und ihrer vorwiegend ehrenamtlichen Mitarbeiter ist es den Verbänden nicht möglich, vor Beginn einer jeden Einzelmaßnahme einen alle relevanten Einzelangaben umfassenden Zuwendungsantrag zu stellen, zumal sich die Planungen im Detail im Laufe des Jahres häufig noch ändern können.

Dementsprechend sieht das vom Kultusminister jetzt festgelegte Verfahren vor, daß die Träger der Jugendarbeit zu Beginn eines jeden Jahres vor Beginn der Maßnahmen der Bezirksregierung einen Gesamtplan der von ihnen beabsichtigten Maßnahmen vorlegen. Dieser Sammelantrag hat unter Beachtung der Richtlinien für die Förderung der dem Landesjugendring angeschlossenen Jugendverbände folgende Angaben zu enthalten:

- a) Voraussichtliche Zahl der Veranstaltungen
- b) Aufteilung der Veranstaltungen nach Themenbereichen
- c) Zielgruppen für die Veranstaltungen
- d) Voraussichtliche Gesamtzahl der Teilnehmertage
- e) Erklärung zur Finanzierung der Maßnahmen.

Ferner wird der Landesjugendring dem Kultusminister — wie bisher — einen Vorschlag für die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel für die in den Anträgen genannten Maßnahmen übersenden. Dieser Vorschlag geht auch den Bezirksregierungen zu, womit diesen die Möglichkeit zu Einwendungen oder Änderungsvorschlägen gegeben ist.

Auf diese Weise werden künftig keine Maßnahmen vor der Stellung von Förderungsanträgen durchgeführt. Gleichzeitig werden die Bewilligungsbehörden in die Lage versetzt, rechtzeitig über die Zulässigkeit und den Umfang der Förderung zu entscheiden.

Unabhängig davon wird — wie bisher — bei der Vorlage der Verwendungsnachweise für jede einzelne Maßnahme geprüft, ob die Zuwendungen des Landes dem Verwendungszweck entsprechend und unter Einhaltung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen verwandt worden sind. Andernfalls werden die Förderungsbeträge von den Verbänden zurückgefordert.

21. Lehrerfortbildungsheime des Landes

(Punkt XXX der Anlage zur Drs 9/3273)

In seinem Denkschriftsbeitrag hat der Landesrechnungshof eine Reihe von Vorschlägen zur wirtschaftlicheren Nutzung der vier Lehrerfortbildungsheime des Landes gemacht. Auch nach Schließung des 5. Heimes war die Auslastung der verbliebenen Heime nach wie vor gering. Die Gründe lagen vorwiegend in organisatorischen Mängeln. Zwar ist die Anzahl der im Lande durchgeführten Lehrerfortbildungskurse ständig gestiegen, die Kurse fanden jedoch zunehmend in angemieteten Einrichtungen statt.

Auch in der Haushaltsführung der Heime bestanden Mängel. Durch unzureichende Abgrenzung der aus ordentlichen Haushaltsmitteln oder aus Mitteln des Selbstbewirtschaftungsfonds zu bestreitenden Kosten waren die Selbstbewirtschaftungsfonds entweder zu Unrecht belastet oder entlastet worden. Drei der Heime konnten deshalb erhebliche Überschüsse bilden.

Bei einem Lehrerfortbildungsheim werden einige nicht mehr benötigte Grundstücke und Gebäude vermietet oder verpachtet. Gegenüber einem Heimatverein

geschah dies in einem Falle zu einer Jahrespacht, die im groben Mißverhältnis zu dem von dem Verein aus der Weiterverpachtung gezogenen Nutzen stand.

Der Landesrechnungshof hat schließlich beanstandet, daß das Land auch solchen Kursleitern und Referenten zusätzliche Vergütungen gewährte, die bereits hauptamtlich für die Lehrerfortbildung zuständig waren.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen bittet die Landesregierung, eine höhere Auslastung der Lehrerfortbildungsheime sicherzustellen oder deren Schließung zu prüfen.

Der Ausschuß erwartet, daß durch unmißverständliche Regelungen über die Kostenabgrenzung sichergestellt wird, daß eine unsachgemäße Entlastung der Selbstbewirtschaftungsfonds der Lehrerfortbildungsheime unterbleibt.

Der Ausschuß erwartet ferner, daß für Zwecke der Lehrerfortbildung nicht mehr benötigte Grundstücke veräußert oder in die allgemeine Liegenschaftsverwaltung überführt werden, und bittet, dem Landtag darüber zu berichten.

Der Ausschuß mißbilligt schließlich die unterwertige Verpachtung eines Grundstücks an den Verein für Heimatpflege sowie die damit zusammenhängenden Versäumnisse der Verwaltung. Er bittet, insoweit die Haftungsfrage zu prüfen und dem Landtag Bericht zu erstatten.

Im übrigen teilt der Ausschuß die Auffassung des Landesrechnungshofs, daß Kursleitern und Referenten, die aus ihrem Hauptamt heraus tätig werden, keine zusätzlichen Entschädigungen zustehen. Er bittet die Landesregierung, dies durch entsprechende Regelungen klarzustellen und dem Landtag darüber zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Die Landesregierung ist weiterhin bemüht, eine höhere Auslastung der Lehrerfortbildungsheime sicherzustellen. Zu diesem Zweck ist unter anderem zum 31. Dezember 1982 ein weiteres landeseigenes Lehrerfortbildungsheim geschlossen worden.

Bei der Aufstellung des Programms in der Einplanungsphase werden zunächst und vorrangig die eigenen Lehrerfortbildungsheime in vollem Umfang belegt. Erst wenn die eigenen Heime planungsmäßig belegt sind, wird festgestellt, ob und in welchem Umfang zusätzliche Bettenkapazitäten in fremden Häusern angemietet werden müssen.

Die Programm-Nachbereitung zeigt jedoch, daß aus den verschiedensten Gründen ein bestimmter Prozentsatz des Kurs-Angebots nicht ausreichend angenommen wird und deshalb kurzfristig ausfallen muß. Es ist dann aber nicht in allen Fällen möglich, durch kurzfristig eingeplante Arbeitstagen und sogenannte „Schubladenkurse“ die frei gewordene Bettenkapazität zu nutzen. Das Angebot von sogenannten Schubladenkursen kann sich wegen der sehr kurzfristigen Ansetzung nur an geschlossene Teilnehmerkreise bzw. begrenzte Zielgruppen richten, die dann aber aus unterrichtstechnischen Gründen häufig nicht kurzfristig freigestellt werden können.

Durch entsprechende Regelungen im Rahmen der Selbstbewirtschaftung ist durch Erlaß vom 3. September 1981 sichergestellt, daß eine unsachgemäße Entlastung der Selbstbewirtschaftungsfonds der Lehrerfortbildungsheime unterbleibt.

Es wird künftig beachtet, daß alle Grundstücke, die nicht für die Lehrerfortbildung benötigt werden, wieder in die allgemeine Liegenschaftsverwaltung überführt werden. Soweit Lehrerfortbildungsheime geschlossen worden sind, ist das ohnehin schon geschehen.

Die Frage, ob und in welchem Umfang solche Grundstücke verkauft werden, wird vom Minister der Finanzen geprüft. Zur Zeit erfolgt eine Prüfung für das Grundstück des zum 31. Dezember 1982 geschlossenen Lehrerfortbildungsheimes D.; es werden bereits entsprechende Wertgutachten erstellt und Verkaufsverhandlungen geführt.

Die Frage der Schadenshaftung für die Verpachtung eines Teilgrundstückes des Lehrerfortbildungsheimes D. ist von der zuständigen Bezirksregierung geprüft worden. Eine Inanspruchnahme des Bediensteten, der den Schaden seinerzeit verursacht hat, ist aus Rechtsgründen jedoch nicht mehr möglich. Ein Verschulden sonstiger Bediensteter scheidet aus.

Bedienstete des Landes, die für die Lehrerfortbildung tätig sind, werden künftig keine Entschädigung mehr erhalten, wenn sie aus ihrem Hauptamt heraus tätig werden.

22. Prüfung eines Kinderheimes — Pflegesatzvereinbarung — Kosten der Heimerziehung

(Punkt XXXII der Anlage zur Drs 9/3273)

Aufgrund der Prüfung eines vom Land nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz belegten Kinderheims hat der Landesrechnungshof neben der Beanstandung einzelner — inzwischen abgestellter — Mängel einige generelle Fragen zu den Kosten der Heimerziehung, zu den Pflegesatzvereinbarungen und zur Belegungspraxis durch das Land angesprochen. Den grundsätzlichen Problemen ist der Landesrechnungshof zudem auch anlässlich der Prüfung eines Landesjugendamtes nachgegangen, bei dem die für die Belegung zuständigen Sachbearbeiter über die Pflegesätze der jeweils zu belegenden Heime nicht einmal unterrichtet waren, so daß sie auf Kostengesichtspunkte keinerlei Rücksicht nehmen konnten. Nach seiner Auffassung lassen sich die erheblichen Kostensteigerungen in diesem Bereich der öffentlichen Erziehungshilfe durch eine bessere Abstimmung zwischen dem für die Festlegung des Pflegesatzes zentral zuständigen Landesjugendamt und den für die Heimaufsicht regional zuständigen Landesjugendämtern, durch eine am qualitativen und quantitativen Bedarf an Heimplätzen orientierte Planung durch eine Angebotssteuerung mit Hilfe einer auf dieser Planung beruhenden gezielten Belegung der angebotenen Heimplätze sowie durch eine bevorzugte Inanspruchnahme niedersächsischer Heime mit abgeschlossener Pflegesatzvereinbarung teilweise auffangen.

Die Erörterungen im Unterausschuß „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ haben gezeigt, daß zwischen dem Landesrechnungshof und dem Kultusminister weitgehend Einigkeit über die zu treffenden Maßnahmen besteht.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen begrüßt, daß die Verwaltung den Bestand und den künftigen Bedarf an Heimplätzen nunmehr in quantitativer und qualitativer Hinsicht ermitteln wird, um ihre weiteren Planungen am Bedarf (ggf. nach Heimtypen) orientieren zu können. Er bittet die Landesregierung, in den Heimrichtlinien nicht nur die Mindestanforderungen zur Personalausstattung festzusetzen, sondern auch zur Eingrenzung der Kostenentwicklung Richtwerte anzugeben, die bei der Bemessung der Pflegesätze zu berücksichtigen sind.

Über die Ergebnisse der Ermittlungen und über die getroffenen Regelungen bittet der Ausschuß den Landtag zu unterrichten.

Der Ausschuß erwartet ferner, daß die Landesjugendämter bei der Belegung der Heime die Kostenseite angemessen berücksichtigen, vorrangig Heime belegen, mit denen eine Pflegesatzvereinbarung getroffen ist, und auf Heime außerhalb Niedersachsens nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zurückgreifen.

Er bittet die Landesregierung um Bericht, wie sie dies sicherstellen und wie sie den gebotenen Abbau an Heimkapazitäten wirtschaftlich erreichen will.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

1981/1982 hat ein vom Kultusminister gebildeter „Arbeitskreis Heimplanung“ Grundlagen einer genaueren Bedarfsprognose erarbeitet. Bis dahin konnten die jährlichen Bestands- und Bedarfsübersichten des Kultusministers nur auf die Ergebnisse der gesetzlichen Jugendhilfestatistik gestützt werden. Der Arbeitskreis, dem neben Vertretern des Landes auch Vertreter der Spitzenverbände von Kommunen und Heimträgern angehören, hat eine umfangreiche Erhebung bei allen Jugendämtern und allen Heimen durchgeführt, die sich auch auf Einschätzungen und Erwartungen erstreckte. Die Erhebung ist ausgewertet worden; die wesentlichen Ergebnisse wurden den Jugendämtern und den Heimen mitgeteilt. Besonders hervorzuheben sind folgende Erkenntnisse:

- a) Von 7 686 Plätzen waren am 31. Dezemer 1981 6 816 belegt; das sind 88,7 v. H. Bei der Interpretation dieser durchschnittlichen Auslastungsquote ist zweierlei zu berücksichtigen:

Eine annähernd 100 %ige Auslastung ist auch in der früheren Situation permanenter Unterkapazitäten nur ausnahmsweise erreichbar gewesen; eine Auslastung von etwa 93 bis 95 v. H. im Einzelfall galt auch damals als optimal. Ferner wird die gegenwärtige durchschnittliche Auslastungsquote von einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Heimen deutlich negativ beeinflusst; diese Heime sind durch die Entwicklung in eine Krise geraten und zum Teil erheblich unterbelegt. In bezug auf diese Gruppe von Heimen müssen die zu ziehenden Konsequenzen im Einzelfall sorgfältig geprüft werden. Für den weit überwiegenden Heimbereich ist festzustellen, daß der schwierige Prozeß der Kapazitätenanpassung an den rückläufigen Bedarf einigermaßen zufriedenstellend bewältigt wird; das Angebot entspricht hier ungefähr dem Bedarf; von einer großen Überkapazität an Heimplätzen kann insoweit nicht gesprochen werden. Die Bemühungen um eine Anpassung der Heimkapazität werden fortgesetzt.

- b) Für eine sogenannte qualitative Bedarfsplanung — also eine Beurteilung, welche Heime im Hinblick auf die Nachfrage mit einem überdurchschnittlichen und welche mit einem unterdurchschnittlichen Rückgang zu rechnen haben — hat die Erhebung verschiedene Anhaltspunkte ergeben, die den Heimen bekanntgegeben worden sind und ihre Planungen erleichtern. Es darf nicht übersehen werden, daß der Planbarkeit insofern Grenzen gesetzt sind, als die Heimauswahlentscheidungen der sozialen Fachkräfte in den Jugendämtern und Landesjugendämtern von zahlreichen Faktoren abhängig sind. Eine stärkere Formalisierung wie auch eine Kategorisierung der Heime nach „Heimtypen“ — die der gewachsenen Struktur der Heimerziehung in Niedersachsen nicht entspräche — werden als nicht hilfreich angesehen. Nach den derzeitigen Erkenntnissen erscheinen von der Bedarfsseite her wesentliche Verschiebungen oder Ergänzungen des Angebotsspektrums der niedersächsischen Heime derzeit nicht notwendig. Anzustreben ist lediglich eine möglichst genaue Analyse der Rückgangstendenzen.

Der wichtigste Ansatzpunkt für eine weitere Verbesserung der Planung ist eine genaue Untersuchung der Gründe für die kritische Entwicklung der besonders stark unterbelegten Heime. Das ist eine ständige Aufgabe der zuständigen Landesjugendämter. Unter Umständen muß auf die Schließung eines solchen Heimes hingewirkt werden, wobei jedoch zu bedenken ist, daß ein solcher Schritt für viele Jugendliche oder Kinder einen Heimwechsel zur Folge hat und deshalb nur mit großer Vorsicht getan werden darf. Weniger einschneidend ist die Verkleinerung eines Heimes durch die Schließung einzelner Gruppen.

Weitere Verbesserungen der Planung sollen dadurch erreicht werden, daß die Heime die Bezirksregierung Hannover als zentrale Pflegesatzbehörde rascher als bisher über ihre Belegungsentwicklung unterrichten und außer Investitionsvorhaben — wie bisher — auch Anmietungen vorher mit der Pflegesatzbehörde abstimmen. Hierüber ist mit den Spitzenverbänden der Heimträger bereits grundsätzlich Einvernehmen erzielt worden.

Richtwerte für Personal- und Sachausstattung bestehen bisher für die Gruppengröße (10, bei bestimmten Heimarten mehr) und den Personaleinsatz pro Gruppe (4 Erzieher, u. U. weniger), ferner für einige wirtschaftlich minderbedeutende Einzelpositionen (Ferienmaßnahmen, Besuchsreisen). Die weiteren Erörterungen zur Richtwertfrage haben wiederum zu der Überzeugung geführt, daß sich insoweit Zurückhaltung empfiehlt. Richtwerte werden meist als Mittelwerte festgesetzt. Sie lösen eher einen Anpassungsdruck von unten als von oben aus; sie wirken im Ergebnis also kostensteigernd. Sinnvoller erscheint es, daß die Bezirksregierung Hannover als Pflegesatzbehörde ermittelt, welche Heime bei bestimmten wichtigen Kostenarten einen überdurchschnittlichen Aufwand haben, und diese Heime um eine Überprüfung und Erklärung bittet. So wird seit einiger Zeit verfahren. Es sind auf Dauer Kostensenkungen zu erwarten.

Für die Heimauswahl bei einer Belegung durch die Landesjugendämter wurden folgende Grundsätze entwickelt:

- a) Die Landesjugendämter wurden angewiesen, dafür zu sorgen, daß die für die Heimunterbringungen zuständigen Sachbearbeiter auch die Pflegesätze der jeweils in Betracht kommenden Heime kennen, die Kostenseite angemessen berücksichtigen und sich, sofern dies sozialpädagogisch vertretbar ist, für ein Heim mit niedrigerem Pflegesatz entscheiden.
- b) Die Landesjugendämter sind ferner angewiesen worden, auf den grundsätzlichen Vorrang einer Belegung von Heimen mit Pflegesatzvereinbarung zu achten und bei Abweichungen die Gründe aktenkundig zu machen. Hierzu ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die Belegung von Nichtvertragsheimen erst dann zum wirklichen Ausnahmefall werden kann, wenn der Abschluß einer Pflegesatzvereinbarung nicht nur — wie bisher — mittleren und großen, sondern auch Klein- und Kleinstheimen angeboten wird. Hierüber steht eine Erörterung mit den kommunalen Spitzenverbänden bevor.
- c) Die Landesjugendämter sind schließlich auch angewiesen worden, Heime außerhalb Niedersachsens nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zu belegen. Sie hatten außerdem über alle Belegungen von Heimen außerhalb Niedersachsens in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1982 zu berichten. In dieser Zeit hat es 28 solche Belegungen gegeben, davon etwa die Hälfte in grenznahen Heimen benachbarter Bundesländer. — Der Anteil der von den niedersächsischen Landesjugendämtern in Heimen außerhalb Niedersachsens Untergebrachten ist von (1978) 21,1 v. H. bereits auf (1981) 16,3 v. H. zurückgegangen.

23. Prüfung eines Wasserwirtschaftsamts

(Punkt XXXIV der Anlage zur Drs 9/3273)

Nach den Vorschlägen des Landesrechnungshofs, denen sich insoweit der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten inzwischen angeschlossen hat, sollte u. a. das Land darauf hinwirken, daß ihm das Eigentum an den in den Händen von Privatpersonen oder Kommunen befindlichen, tatsächlich jedoch vom Land unterhaltenen Strecken der Gewässer I. Ordnung kostenfrei übertragen wird, oder — falls das nicht gelingen sollte — die Eigentümer angemessen zu den Unterhaltungskosten heranziehen. Auch bei den vom Land unterhaltenen Gewässern II. Ordnung

sollte das Land darauf dringen, das Eigentum übertragen zu bekommen. Eine Handhabe hierfür bietet seit Inkrafttreten des Niedersächsischen Wassergesetzes dessen § 86 Abs. 1. Das sollte im Rahmen des Vierten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes durch eine Ergänzung des § 86 ausdrücklich klar gestellt werden.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen teilt die Auffassung des Landesrechnungshofs und des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Gewässerunterhaltung. Er bittet die Landesregierung, die vom Landesrechnungshof vorgeschlagene Lösung mit Nachdruck zu verfolgen und dem Landtag über das Ergebnis zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Bei dem in Frage stehenden Wasserwirtschaftsamt wird das Eigentumskataster überarbeitet. Verschiedene Eigentumsübertragungen sind schon erfolgt, andere befinden sich im Stadium der Umschreibung.

Nach dem Abschluß der Umschreibung werden sich die Eigentumsverhältnisse an den geprüften Gewässern seit dem Prüfungstermin wie folgt zugunsten des Landes verändert haben:

Gewässer I. Ordnung: Hase von	94 v. H. auf 95 v. H.
Gewässer II. Ordnung: Hase von	29 v. H. auf 91 v. H.
Vechte von	22 v. H. auf 64 v. H.
Dinkel von	18 v. H. auf 46 v. H.

Die Bemühungen, weitere Gewässerflächen in das Eigentum des Landes zu bekommen, werden fortgesetzt, soweit ein besonderes Interesse des Landes vorliegt. Dabei ergeben sich jedoch zumindest bei den Gewässern II. Ordnung erhebliche Schwierigkeiten. Da hier im Gegensatz zu den Gewässern I. Ordnung die Grundeigentümer nicht zu den Unterhaltungskosten herangezogen werden können, besteht bei diesen wegen der für sie fehlenden Vorteile wenig Neigung zu einer Eigentumsübertragung auf das Land. Sie argumentieren häufig dahin, daß durch die Eigentumsübertragung der Verlust des Eigentümergebrauchs und der Jagdpacht sowie eine Schwächung ihrer Rechtsposition bei Ausbaumaßnahmen eintreten würde. Abschließend bleibt festzuhalten, daß bei der Durchführung der Unterhaltungsarbeiten durch das Land mit den Grundeigentümern in der Regel keine Schwierigkeiten auftreten.

Durch Artikel I Nr. 48 des Vierten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Wassergesetzes vom 3. Juni 1982 (Nieders. GVBl. S. 159) ist klargestellt worden, daß die Übernahme eines Gewässers II. Ordnung davon abhängig gemacht werden kann, daß der Unterhaltungsverband dem Land unentgeltlich das Eigentum an dem Gewässer verschafft.

24. Zuwendungen zur Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung (Punkt XXXVI der Anlage zur Drs 9/3273)

Ein vom Landesrechnungshof geprüftes Wasserwirtschaftsamt sah bei Zuwendungen nach § 85 b Niedersächsisches Wassergesetz an Wasser- und Bodenverbände zur Unterhaltung der Gewässer II. Ordnung von eigenen Prüfungen der ordnungsgemäßen Verwendung ab, sondern erteilte seine Schlußverwendungsbescheinigungen aufgrund seiner Teilnahme an den abschließenden Besprechungen zu den Prüfungen des Landesverbandes der Wasser- und Bodenverbände und dessen Prüfbericht. Es berief sich bei dieser Verfahrensweise auf einen Erlaß des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, durch den dieser die in den — mit dem Minister

der Finanzen und dem Landesrechnungshof abgestimmten — Verwaltungsvorschriften enthaltenen Prüfungspflichten von sich aus eingeschränkt hatte.

Der Landesrechnungshof hält es für erforderlich, daß die Wasserwirtschaftsämter ihre Prüfungsbefugnisse künftig so wahrnehmen, daß die im vorliegenden Fall bestehenden Zweifel an der wirtschaftlichen Verwendung der Zuwendungsmittel künftig nicht mehr aufkommen können.

In den Beratungen des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ hat der Minister mitgeteilt, er wolle seinen Erlaß im Sinne des Rechnungshofs klarstellen. Dabei sei jedoch eine Differenzierung der Prüfungstätigkeit erforderlich, um Doppelprüfungen des Landesverbandes und der Wasserwirtschaftsämter zu vermeiden.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen erwartet, daß der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Wasserwirtschaftsämter zur Wahrnehmung ihrer Prüfungsbefugnisse anhält und den Umfang der Prüfungstätigkeit im Einvernehmen mit dem Landesrechnungshof durch Erlaß regelt.

Über das Veranlaßte ist dem Landtag zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die Wasserwirtschaftsämter zur Wahrnehmung ihrer Prüfungsbefugnisse angehalten. Wegen eines in Aussicht genommenen Erlasses über den Umfang der Prüfungstätigkeit haben bereits Gespräche zwischen dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Landesrechnungshof stattgefunden. Sie sind noch nicht abgeschlossen. Über das Ergebnis der Gespräche wird der Landtag unterrichtet werden.

25. Unzureichende Information über Prüfungsergebnisse
(Punkt XXXVIII der Anlage zur Drs 9/3273)

Die Prüfungsfeststellungen des Landesrechnungshofs lassen immer wieder erkennen, daß die geprüften Dienststellen, Verwaltungszweige und Ressorts es häufig versäumen, die Prüfungsmitteilungen des Landesrechnungshofs entsprechend auszuwerten und alle grundsätzlichen Erkenntnisse und Hinweise sämtlich potentiell betroffenen Bediensteten zur Kenntnis zu geben. Vielfach ist dies selbst dann unterblieben, wenn zwischen dem Landesrechnungshof und der geprüften Verwaltung übereinstimmende Auffassungen über die Mängel bestanden.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen bittet die Landesregierung, noch einmal sämtliche Dienststellen nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß alle Vorgesetzten ihre Mitarbeiter über Prüfungsergebnisse, die unumstritten und für ihren Verantwortungsbereich von Bedeutung sind, zu unterrichten haben. Nur dadurch kann erreicht werden, daß sich gleichartige Fehler nicht gehäuft wiederholen.

Über das Veranlaßte ist der Landtag zu unterrichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Der Minister der Finanzen hat mit Nummer 9 des Erlasses über die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 1982 vom 17. März 1982 (Nds. MBl. S. 249) die obersten Landesbehörden und nachgeordneten Dienststellen wie folgt angewiesen:

„Sofern durch Prüfungen Verstöße gegen das Haushaltsrecht oder sonstige Mängel festgestellt werden, sind zur Vermeidung gleicher Verstöße alle in Betracht kommenden Bediensteten der geprüften Dienststelle über die Prüfungsergebnisse in geeigneter Weise zu unterrichten.“

Im übrigen hatte der Minister der Finanzen bereits durch Erlaß vom 20. April 1979 (Nds. MBl. S. 765) die Dienststellen des Landes unter anderem auf folgendes hingewiesen:

„II. Da Prüfungsermittlungen ihren Sinn verlieren, wenn deren Bearbeitung oder die Abstellung darin aufgezeigter Mängel über Jahre hinausgezögert wird, ist das Erforderliche jeweils unverzüglich zu veranlassen.

Eine vordringliche Bearbeitung ist auch wegen der Gefahr der Verjährung von Schadensersatzansprüchen sowie der Ausschlußfristen gemäß § 70 Abs. 2 BAT und § 72 MTL II geboten.

Die geprüften Stellen oder Aufsichtsbehörden haben sich in ihren Stellungnahmen eingehend mit den Anregungen des LRH oder den Feststellungen der Vorprüfungsstellen auseinanderzusetzen und den Prüfungsbehörden ihre Auffassung mitzuteilen.

In allen Fällen, in denen festgestellt wird, daß Prüfungsmitteilungen schleppend bearbeitet oder Mängel nicht alsbald abgestellt worden sind oder in denen gegen haushaltsrechtliche Vorschriften verstoßen worden ist, ist unverzüglich zu prüfen, ob und inwieweit die verantwortlichen Bediensteten zum Schadensersatz heranzuziehen und ob disziplinarische Maßnahmen gegen sie einzuleiten sind. Säumige Bearbeitung von Prüfungsmitteilungen des Landesrechnungshofs oder von Feststellungen der Vorprüfungsstellen, die die Gefahr eines finanziellen Schadens für das Land aufzeigen, sind regelmäßig als grobe Fahrlässigkeit zu werten. Vorgesetzte und Leiter von Behörden sind grundsätzlich haftbar zu machen, wenn mangelhafte Wahrnehmung ihrer Aufsichts- und Weisungsbefugnisse oder organisatorische Mängel ursächlich für Schäden aus verspäteter oder unzulänglicher Bearbeitung von Prüfungsmitteilungen war.“

Dieser Erlaß ist allen Bediensteten unter Hinweis auf die Folgen der Nichtbeachtung alljährlich im Monat Oktober bekanntzugeben.

26. Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen bei Landeskassen (Punkt XXXIX der Anlage zur Drs 9/3273)

Aufgrund seiner Prüfung bei den Regierungshauptkassen hat der Landesrechnungshof u. a. auf die außerordentliche Höhe der z. T. seit Jahren nicht abgerechneten Abschlagszahlungen bei einer Kasse hingewiesen und gefordert, daß der Minister der Finanzen und die übrigen Minister im Rahmen ihrer Fachaufsicht die beteiligten Stellen veranlassen, den hohen Bestand alsbald erheblich zu reduzieren.

Während der Beratungen des Unterausschusses „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ konnte zwischen dem Landesrechnungshof und dem Minister der Finanzen keine Einigkeit darüber erzielt werden, welche der beteiligten Stellen — ggf. gemeinsam — für den beanstandeten Mangel verantwortlich war und wer für seine Behebung Sorge zu tragen hat.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen nimmt die vom Landesrechnungshof festgestellten Mängel bei der Abrechnung der Abschlagszahlungen mit Befremden zur Kenntnis. Er erwartet, daß sich die beteiligten Stellen alsbald über die Verantwortlichkeiten zur Behebung der Mängel einigen und die Mängel abstellen. Dem Landtag ist hierüber zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Über die Ausgabenansätze im Haushaltsplan sowie über die Abschlüsse hierauf und deren Abrechnung verfügt die bewirtschaftende Dienststelle durch schriftliche Auszahlungsanordnung ihres Beauftragten für den Haushalt (§ 9 LHO) an die Kasse. Der Beauftragte für den Haushalt darf die Anordnungsbefugnis anderen Bedienste-

ten übertragen. Der Kasse steht es nicht zu, Höhe oder Begründung des zur Auszahlung angeordneten Betrages zu prüfen. Vielmehr hat die bewirtschaftende Stelle darauf zu achten, daß kein höherer Abschlag als die letztlich vom Land zu erbringende Geldleistung zur Zahlung angeordnet wird. Sie hat darauf hinzuwirken, daß der Zahlungsempfänger die Schlußrechnung alsbald vorlegt, damit der Abschlag durch Anordnung der Schlußzahlung abgerechnet werden kann. Der Minister der Finanzen hat die anderen obersten Landesbehörden und die nachgeordneten Dienststellen durch Nr. 8 des Runderlasses vom 17. März 1982 zur Haushaltsführung im Haushaltsjahr 1982 (Nds. MBl. S. 249) erneut darauf hingewiesen, daß Abschlagszahlungen zeitnah abzurechnen sind.

Unabhängig von der Überwachungspflicht der bewirtschaftenden Stelle hat die Kasse jede Abschlagsauszahlung gesondert zu buchen. Auf der Grundlage dieser Aufzeichnungen hat sie der bewirtschaftenden Stelle jährlich eine Aufstellung der noch abzurechnenden Abschläge zum Abgleich und zur Eintragung der Hinderungsgründe vorzulegen. Die zurückerhaltenen Aufstellungen leitet die Kasse der Vorprüfungsstelle zu, die sie später dem Landesrechnungshof vorlegt. Die Kasse kann mangels Sachkenntnis nicht beurteilen, ob die von der bewirtschaftenden Stelle angegebenen Hinderungsgründe zutreffen. Der jeweilige Beauftragte für den Haushalt wirkt wegen der in vielen Dienststellen übertragenen Bewirtschaftung der Ausgaben bei der Angabe der Hinderungsgründe für die Abschlagsabrechnung im allgemeinen nicht mit. Andernfalls wären Mängel in dem vom Landesrechnungshof aufgezeigten Umfang wohl nicht aufgetreten.

Der Minister der Finanzen wird deshalb in den Haushaltsführungserlaß 1983 die in Absatz 1 erwähnte Anweisung des Runderlasses vom 17. März 1982 dahingehend erweitern, daß die Beauftragten für den Haushalt insoweit besonders angesprochen werden. Die Minister haben außerdem die bewirtschaftenden Stellen ihres Geschäftsbereichs veranlaßt, die beanstandeten Mängel unverzüglich abzustellen.

Abschließend darf nicht unerwähnt bleiben, daß nicht abgerechnete Abschlagsauszahlungen im allgemeinen haushaltswirtschaftliche Auswirkungen nicht haben, weil Abschlagszahlungen so zu bemessen sind, daß ihre Summe unter der Gesamtverpflichtung liegt.

27. Beteiligung des Landes an einer GmbH
(Punkt XLII der Anlage zur Drs 9/3273)

Der Landesrechnungshof hat in seinem Beitrag u. a. die Nützlichkeit eines erst geraume Zeit nach Prüfung der von ihm untersuchten Beteiligungsgesellschaft in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Erarbeitung einer Entwicklungskonzeption und von Vorschlägen zur Organisation bezweifelt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Gesellschaft bereits mit der Betriebsführung begonnen und die dafür erforderliche Betriebsorganisation geschaffen. Ferner hat der Landesrechnungshof Bedenken geäußert, ob mit der gegenwärtigen Organisationsform der Gesellschaft tatsächlich die erwarteten Vorteile eingetreten sind und ob die Betriebsführung in der jetzigen Form wirtschaftlich ist.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen bedauert, daß bei Gründung der Beteiligungsgesellschaft Fragen zur Entwicklungskonzeption und zur Organisation der Gesellschaft offengeblieben waren, so daß unmittelbar nach ihrer Gründung ein privater Gutachter mit der Untersuchung dieser Fragen beauftragt werden mußte.

Der Ausschuß hält es für erforderlich, daß die gegenwärtige Organisationsform der Verwaltung der geprüften Gesellschaft in Form einer durch Daten und Fakten belegten Erfolgskontrolle sowie die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung in der zentralen Verwaltung überprüft wird.

Der Ausschuß bittet die Landesregierung, das Erforderliche zu veranlassen und dem Landtag über das Ergebnis der Untersuchungen zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 28. 1. 1983

Der Minister der Finanzen hat die Fragen zur Organisationsform der Gesellschaft und zur Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebsführung in der zentralen Verwaltung aus heutiger Sicht untersuchen lassen. Der damit beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft scheint die Organisationsform auch unter den jetzigen Verhältnissen „sinnvoll und zweckmäßig“. Den Kosten der zentralen Verwaltung (rd. 1,3 v. H. der gesamten Kosten der Gesellschaft) stehen nach den Erhebungen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „zumindest in gleicher Größenordnung entsprechende Einsparungen“ gegenüber. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nennt im einzelnen in mehrfacher Hinsicht Erfolge, die „im wesentlichen auf Maßnahmen und Handlungen der zentralen Verwaltung zurückzuführen“ seien. Dazu gehören unter anderem die Straffung der Belegschaft, die Minderung von Sachkosten durch gemeinsame Einrichtungen und einen breiteren Erfahrungsaustausch und Verbesserungen bei Bezugsbedingungen, dem Angebot eigener Leistungen und dem Einsatz eigener Mittel. Die Wirtschaftlichkeit der zentralen Verwaltung wird danach auf Grund von Daten und Fakten bejaht.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft war zugleich beauftragt, gegebenenfalls Vorschläge zur Verbesserung des Aufbaus des Unternehmens und seiner Betriebsabläufe zu entwickeln. Entsprechende Anregungen werden ausgewertet werden.